

**Botschafter Knappstein, Washington,
an Bundesminister Schröder**

**Z B 6-1/10573/66 geheim
Fernschreiben Nr. 1569**

**Aufgabe: 1. Juli 1966, 20.00 Uhr
Ankunft: 2. Juli 1966, 02.14 Uhr**

Nur für Bundesminister¹ und Staatssekretär²

Betr.: Militärisches Kräfteverhältnis in West- und Osteuropa;
hier: Änderung bei einem Abzug sowjetischer Divisionen aus der SBZ

Bezug: Drahtbericht Nr. 1556 vom 1. 7. 1966 – III A 6-87.00 VS-v³

Im Anschluß an meine heutige Besprechung mit Ball bat mich Deputy Assistant Secretary for European Affairs, Robert Schaetzel, zu sich.

Er sagte mir, daß Ball ihn aus Zeitgründen darum gebeten habe, mich über eine Angelegenheit zu informieren, über die in Bonn strengstes Stillschweigen gewahrt bleiben möchte:

In jüngster Zeit seien Meldungen über einen eventuellen Abzug sowjetischer Divisionen aus der SBZ erschienen, die zu Spekulationen über mögliche amerikanische Reaktionen geführt hätten.⁴ Es würde sicherlich Mißverständnisse hervorrufen, wenn der Öffentlichkeit bekannt würde, daß der amerikanische Generalstab gegenwärtig eine Studie über die Auswirkungen eines etwaigen Abzugs sowjetischer Divisionen aus der SBZ auf die militärischen Erfordernisse in Westeuropa anfertige. Hierbei handele es sich aber lediglich um eine rein militärtheoretische Analyse der dadurch entstehenden Lage ohne jeden politischen Hintergrund. Außenminister Rusk habe zwar das Pentagon nach der Brüsseler NATO-Tagung⁵ hierum gebeten, wolle sich aber lediglich über angebliche oder wirkliche Änderungen der militärischen Lage auf dem laufenden

1 Hat Bundesminister Schröder vorgelegen.

2 Karl Carstens.

3 Für den Drahtbericht des Botschafters Knappstein, Washington, vgl. VS-Bd. 8394 (III A 6); B 150, Aktenkopien 1966. Für einen Auszug vgl. Dok. 213, Anm. 18.

4 Am 21. Juni 1966 erklärte der amerikanische Verteidigungsminister McNamara gegenüber dem Unterausschuß für nationale Sicherheit und internationale Tätigkeiten des Senats, daß ein Abzug amerikanischer Truppen aus Westeuropa bei gleichzeitiger Reduzierung der sowjetischen Streitkräfte in der DDR denkbar sei. Für den Wortlaut der Erklärung vgl. Referat II A 7, Bd. 1225. Vgl. dazu auch den Artikel „Reciprocal Action Endorsed“, THE NEW YORK TIMES, International Edition, Nr. 39596 vom 22. Juni 1966, S. 2. Vgl. ferner den Artikel „Truppenreduzierung denkbar“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 143 vom 24. Juni 1966, S. 5.

Am 25. Juni 1966 teilte der sowjetische Botschafter in Washington, Dobrynin, dem amerikanischen Sonderbotschafter Thompson mit, daß eine Reduzierung der sowjetischen Truppen möglich sei. Auf die Frage von Dobrynin, ob im Gegenzug eine amerikanische Truppenreduzierung in Europa denkbar sei, reagierte Thompson zurückhaltend. Im Anschluß an das Gespräch notierte der Sonderbotschafter: „With all the problems that NATO now had, it did not seem to me a very good time for us to be thinking about such a matter. [...] Dobrynin said [...] his Government would be quite prepared to carry out reductions on the basis of mutual example. He indicated that in his view a mutual reduction need not necessarily be on a one-for-one basis.“ Vgl. FRUS 1964–1968, XIII, S. 420.

5 Zur Tagung der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten ohne Frankreich am 6. Juni und des NATO-Ministerrats am 7./8. Juni 1966 in Brüssel vgl. Dok. 182.

halten. Dabei dürfe man natürlich nicht nur von der Truppenstärke ausgehen, sondern müsse auch viele andere Faktoren in die Überlegungen einbeziehen, wie etwa Rückzug über den Ozean gegenüber einem Rückzug nur hinter die polnische Grenze, die verstärkte Mobilität von Truppen und die etwaige Benutzung des Weltraums u. a. m. Hinzu komme, daß der Osten – im Gegensatz zum Westen – in solchen Fragen keinerlei Rücksicht auf die öffentliche Meinung zu nehmen brauche. Sollte eine Änderung des militärischen Kräfteverhältnisses in Europa durch Abzug sowjetischer Divisionen aus Osteuropa erkennbar werden, so würden hiermit natürlich zunächst wir und die NATO befaßt werden.

Schaetzel fügte hinzu, daß die amerikanische Regierung wegen dieser Frage nicht mit den anderen NATO-Verbündeten, und auch nicht mit SACEUR, in Verbindung trete. Für die Bundesrepublik hingegen sei sein Hinweis wichtig, weil die Gefahr bestehe, daß die amerikanischen theoretischen Überlegungen bekannt und zugleich mißverstanden würden und in erster Linie in der deutschen Öffentlichkeit Unruhe hervorrufen würden.

Ich erwiderte, daß nach unserer Meinung vor allem das militärische Kräfteverhältnis zwischen West- und Osteuropa unverändert erhalten bleiben müsse. Ein Abzug einer bestimmten Zahl sowjetischer Divisionen dürfe aus den bekannten strategischen Gründen nicht einfach zum Abzug einer gleichen Zahl amerikanischer Divisionen führen. Ein Rückzug der Sowjets nach Westrußland könne nun einmal nicht mit einem Abzug der Amerikaner nach den Vereinigten Staaten verglichen werden. Natürlich obliege die Entscheidung hierüber stets der NATO.

Hierauf erwiderte Schaetzel, daß dies auch die amerikanische Auffassung sei, die auch Ball am letzten Sonntag vor dem Fernsehen vertreten habe.⁶ Entscheidend sei nicht, daß die Zahl der Streitkräfte (force level) auf ewig gleich bleibe, sondern daß das militärische Kräfteverhältnis erhalten bleiben müsse.

Abschließend bat Schaetzel noch einmal, seine Mitteilung streng vertraulich zu behandeln, um jeglichen Mißverständnissen, insbesondere in der deutschen Öffentlichkeit, vorzubeugen.⁷

[gez.] Knappstein

VS-Bd. 10078 (Ministerbüro)

⁶ Dazu berichtete Botschafter Knappstein, Washington, am 27. Juni 1966: „George Ball hat in der gestrigen Meet-the-Press-Sendung [...] die amerikanischen Verpflichtungen gegenüber der Bundesrepublik ausdrücklich erneut unterstrichen. Bei dem bisherigen Truppenabzug handle es sich lediglich um eine Verminderung der Mannschaftsstärke und nicht um einen Abzug von Einheiten. Die Frage, ob der Abzug sowjetischer Divisionen aus der SBZ zu einem weiteren Abzug amerikanischer Truppen führen könne, beantwortete er ausweichend.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 1501; Referat II A 6, Bd. 226.

⁷ Vgl. weiter Dok. 262.

**Aufzeichnung des
Vortragenden Legationsrats I. Klasse Lahusen**

II B 1-81-41/511/66 VS-vertraulich

5. Juli 1966¹

Betr.: Besuch des Direktors der amerikanischen Abrüstungsbehörde (ACDA),
William C. Foster, bei dem Herrn Staatssekretär² am 30.6.1966³

Am 30. Juni 1966 empfing der Herr Staatssekretär den Direktor der amerikanischen Arms Control and Disarmament Agency und Chefdelegierten im Genfer 17-Mächte-Abrüstungsausschuß⁴, William C. Foster, zu einem einstündigen Gespräch. Die wesentlichen Ergebnisse werden im folgenden zusammengefaßt:

1) Deutsche Mitwirkung bei den Abrüstungsverhandlungen⁵

Herr Foster zeigte sich befriedigt über die Zusammenarbeit der amerikanischen Delegation in Genf mit Herrn Botschafter Dr. Schnippenkötter und Herrn Dr. Diesel. Er meinte, daß dadurch Mißverständnisse, wie sie im Sommer 1963 aufgetreten seien⁶, vermieden werden können. Für den Fall, daß sich bei den Genfer Verhandlungen im Laufe des Sommers Ergebnisse abzeichnen sollten, regte er einen erneuten Besuch des Herrn Staatssekretärs in Genf⁷ an. Wenn die Abrüstungsfrage in New York erörtert würde, hoffe er, Herrn Botschafter Dr. Schnippenkötter dort zu treffen.

Der Herr Staatssekretär dankte Herrn Foster für die amerikanische Unterstützung bei den Genfer Verhandlungen, die für uns von großer Bedeutung seien.

Zur Frage einer eventuellen deutschen Teilnahme an den Arbeiten des 17-Mächte-Abrüstungsausschusses meinte Herr Foster, jeder westliche Vorschlag,

1 Durchschlag als Konzept.

2 Karl Carstens.

3 Der Leiter der amerikanischen Abrüstungsbehörde, Foster, hielt sich vom 30. Juni bis 2. Juli 1966 in Bonn auf. Vgl. dazu auch den Drahtbericht des amerikanischen Botschafters McGhee vom 2. Juli 1966 an das amerikanische Außenministerium; FRUS 1964–1968, XIII, S. 427–430.

4 Frankreich lehnte seit dem 5. März 1962 die Teilnahme an der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission ab. Für die Erklärung des französischen Außenministeriums vgl. LE MONDE, Nr. 5641 vom 7. März 1962, S. 6.

5 Vgl. dazu zuletzt Dok. 177.

6 Im Sommer 1963 kam es wegen der amerikanisch-sowjetischen Einigung über ein Teststopp-Abkommen zu deutsch-amerikanischen Meinungsverschiedenheiten. Am 31. Juli 1963 erklärte Bundeskanzler Adenauer gegenüber dem amerikanischen Verteidigungsminister McNamara, die Bundesregierung sei erst nach Paraphierung des Teststopp-Abkommens davon unterrichtet worden, daß es sich um ein allen Staaten – und damit auch der DDR – offenstehendes Abkommen handele: „Als das Auswärtige Amt auf dieses Problem hingewiesen habe, habe das State Department einfach erklärt, der Vertrag könne nun nicht mehr geändert werden. So sei die Lage. Die ganze Sache sei der Bundesregierung serviert worden unter dem Motto: ‚Vogel frisch oder stirb‘.“ Vgl. AAPD 1963, II, Dok. 257.

7 Staatssekretär Carstens hielt sich im Juni 1964 zu Gesprächen über den Stand der Verhandlungen der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf auf. Vgl. dazu AAPD 1964, I, Dok. 173.

den Teilnehmerkreis zu erweitern, werde eine entsprechende sowjetische Ge- genforderung auslösen. Wenn wir uns um Aufnahme bemühen sollten, werde die Sowjetunion versuchen, die SBZ in den Ausschuß zu bringen. Im übrigen müßte im Falle unserer Beteiligung mit einer Verschärfung der sowjetischen Angriffe gegen uns im 17-Mächte-Abrüstungsausschuß⁸ gerechnet werden.

2) Sowjetische Haltung zum Nichtverbreitungsabkommen

Für die Sowjets geht es nach Herrn Fosters Ansicht in erster Linie darum, den „deutschen Zugang zu Atomwaffen“ zu verhindern. Leider sei es ihm trotz vieler Bemühungen nicht gelungen herauszufinden, was die Sowjets unter „Zugang“ verständen. Seine Fragen seien entweder überhaupt nicht oder von verschiedenen sowjetischen Vertretern in ganz verschiedener Weise beantwortet worden. Die jüngste Erläuterung habe ihm Roschtschin gegeben:

Die sowjetische Haltung sei in dem sowjetischen Abkommensentwurf vom September 1965⁹ niedergelegt, sie habe sich seither nicht geändert. Diese Erklä- rung sei unbefriedigend, denn die Schwierigkeit bestehe ja gerade darin, daß der sowjetische Entwurf verschiedene Auslegungen zulasse. Er habe auch er- folglos versucht, von den Sowjets Auskunft darüber zu erhalten, inwieweit innerhalb des Warschauer Pakts über Nuklearfragen konsultiert werde.

3) Hardware-Lösung

Der Herr Staatssekretär unterstrich zweimal im Laufe des Gespräches, daß wir den Gedanken einer Hardware-Lösung im Rahmen der NATO nicht aufge- geben hätten.¹⁰ Herr Foster sagte, die Hardware-Option sei dem amerikani- schen Entwurf¹¹ entsprechend offen gehalten worden. Als in erster Linie Be- drohte hätten wir ein Recht darauf zu wissen, wie und wann wir verteidigt würden.

4) Europäische Lösung der nuklearen Teilhabe

Herr Foster wies darauf hin, daß der amerikanische Entwurf auch für eine eu-ropäische Löung der nuklearen Teilhabe Möglichkeiten offen halte. Die So- wjets hätten nie klar gesagt, daß sie eine solche Lösung ablehnten. Sie hätten lediglich behauptet, daß die Dinge dadurch kompliziert würden.

5) Aussichten der Genfer Verhandlungen

Herr Foster beurteilte die Aussichten, in Genf vor dem Zusammentreten der VN-Vollversammlung ein Abkommen zu erzielen, nicht optimistisch. Es sei be- reits deutlich geworden, daß sich die Sowjetunion in Genf eine Propagandaba- sis für die Debatte in den VN aufbaue. Vielleicht könnten aber doch noch eini- ge Fortschritte („some progress“) in der Nichtverbreitungs- oder in der Test- stoppfrage erreicht werden, wenn die Sowjets sich einsichtiger zeigten.

⁸ Zur sowjetischen Kritik an der Bundesrepublik auf der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungs- kommission in Genf vgl. Dok. 80, besonders Anm. 7.

⁹ Zum sowjetischen Entwurf für ein Nichtverbreitungsabkommen vom 24. September 1965 vgl. Dok. 23, Anm. 5.

¹⁰ Zur Haltung der Bundesrepublik gegenüber der Schaffung einer multilateralen Atomstreitmacht vgl. Dok. 46.

¹¹ Zum amerikanischen Entwurf für ein Nichtverbreitungsabkommen vom 1. Februar 1966, der am 21. März 1966 der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf übergeben wurde, vgl. Dok. 30.

6) Ende der Genfer Verhandlungsperiode

Herr Foster sagte, zwischen dem Ende der Genfer Verhandlungen und dem Zusammentreffen der VN-Vollversammlung am 20. September sei eine Pause von etwa 3 Wochen erforderlich. Die Genfer Verhandlungen würden demgemäß wahrscheinlich am 25. August beendet werden¹²; er habe bereits mit dem sowjetischen Ko-Präsidenten¹³ darüber gesprochen.

7) Zukunft des Genfer 17-Mächte-Abrüstungsausschusses

Herr Foster meinte, wenn der Genfer 17-Mächte-Abrüstungsausschuss bis zum Herbst keine Fortschritte erzielle, müsse in den VN mit Tendenzen gerechnet werden, ihn aufzulösen. Eine solche Entwicklung würde er für sehr bedauerlich halten, wahrscheinlich werde es aber nicht zu einer Auflösung kommen.¹⁴

8) Persönlichkeit des sowjetischen Chefdelegierten Roschtschin

Herr Foster hält Roschtschin für einen guten, intelligenten, sehr vorsichtigen Berufsdiplomaten. Häufiger als sein Vorgänger Zarapkin hole er Weisungen seiner Regierung ein; dadurch würden die Verhandlungen oft verzögert. In seinen Reden halte er sich mehr zurück als Zarapkin.

Hiermit Dg II B, Herrn Botschafter Dr. Schnippenkötter, vorgelegt.

Lahusen¹⁵

VS-Bd. 3991 (II B 1)

¹² Zum Ende der Sitzungsperiode der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission vgl. den Drahtbericht Nr. 595 des Botschafters von Keller, Genf (Internationale Organisationen), vom 25. August 1966; Referat II B 1, Bd. 967.

¹³ Alexej A. Roschtschin.

¹⁴ Vgl. weiter Dok. 249.

¹⁵ Paraphe vom 5. Juli 1966.

219

**Aufzeichnung des Gesandten
Freiherr von Stackelberg, Washington**

II A 5-82.00-94.28/384/66 geheim

5. Juli 1966¹

Betr.: Geschäftsträger der Volksrepublik Ungarn, Mr. János Radványi

Mr. Radványi hatte mich schon bei früherer Gelegenheit gebeten, einmal zusammenzukommen, um sich unter vier Augen über politische Fragen auszusprechen.² Ich habe ihn schließlich zu einem Abendessen in Anwesenheit bei der Ehefrauen auf Montag, den 4. Juli, in meinem Hause eingeladen.

Herr Radványi erschien mit Gattin und überreichte zunächst drei schöne Monographien über Land und Leute und über Denkmäler und Kunstschatze in Ungarn, ferner zwei Flaschen ungarischen Tokajers aus dem Jahre 1959.

Unser Gespräch begann zunächst sehr persönlich. Herr Radványi berichtete, er sei Sohn eines früheren linksgerichteten sozialistischen Journalisten aus Budapest. Während des Krieges sei er in der Untergrundbewegung unter Kádár gewesen und habe sich nach Kriegsende der kommunistischen Parteiführung, ebenfalls unter Kádár, angeschlossen. Frau Radványi stamme aus einem kleinen Dorf vom Lande und habe in Budapest studiert. Sie habe beide Eltern im Konzentrationslager Auschwitz verloren.

Radványi entwickelte alsdann seine politischen Gedanken. Er wies auf die von den Ungarn wohlwollend geduldete Begegnung zahlreicher Deutscher aus der Bundesrepublik und aus der „DDR“ in ungarischen Erholungsorten hin. Er erklärte, in Ungarn sei man über die Wiederherstellung wirtschaftlicher Beziehungen mit der Bundesrepublik und über die Eröffnung einer deutschen Handelsvertretung in Budapest³ erfreut. Zwischen Ungarn und Deutschland gebe es zahlreiche gemeinsame Interessen und keine wirklichen Gegensätze, zumal auch keine Grenzprobleme existierten.

In seiner Sicht sei die Zeit für eine Überwindung der ost-westlichen Spannungen reif. Die einzigen Hindernisgründe seien vor allem Vietnam und auch die deutsche Teilung. Solange die Vietnamwunde schwärze, seien eine Annäherung zwischen Ost und West und eine Entspannung nicht möglich. Auch die deutsche Teilung sei für Europa nicht erträglich. Er wisse, daß zwischen Ost und West sehr unterschiedliche Auffassungen über den Weg zur Wiederherstellung der deutschen Einigung vertreten würden. Er, Radványi, betrachte Ulbricht als ein Überbleibsel alter starrer kommunistischer Politik. Er glaube persönlich, daß nach Lösung der Vietnam-Frage in der alsdann zu erwartenden ost-westlichen Annäherung die Schwierigkeiten für die deutsche Einigung sich Schritt für Schritt beheben ließen.

¹ Botschafter Knappstein, Washington, übermittelte die Aufzeichnung am 7. Juli 1966 an das Auswärtige Amt mit der Bitte um Stellungnahme. Vgl. Anm. 10.

² Zum Verhältnis der Bundesrepublik zu Ungarn vgl. zuletzt Dok. 207.

³ Zur Eröffnung von Handelsvertretungen der Bundesrepublik in Budapest sowie in Warschau, Bukarest und Sofia vgl. Dok. 21, Anm. 27.

Er verstünde durchaus das Interesse der Bundesregierung, die Hallstein-Doktrin⁴ weiter aufrechtzuerhalten. Für die Ostblockstaaten sei aber aus Gründen, die auch wir kennen müßten, eine Alternative zwischen Bundesrepublik und „DDR“ nicht möglich. Er habe aber den Eindruck, daß bezüglich der Ostblockstaaten die Bundesregierung neue Wege zu beschreiten beginne. Die Eröffnung der Handelsvertretungen in den Ostblockstaaten, mit Ausnahme der Tschechoslowakei⁵, zeige dies. Außerdem sei ja wohl mit Eröffnung diplomatischer Beziehungen mit Rumänien⁶ zu rechnen. Daraus schöpften die anderen Ostblockländer, in erster Linie Ungarn, die Hoffnung, daß dies nur ein Anfang sei.

Sicherlich sei das gesellschaftliche System der Ostblockstaaten anders als im Westen. Wir sollten aber den „neuen Wind“ in den Ostblockstaaten nicht übersehen. Für diese sei ihr gesellschaftliches System eine innenpolitische Angelegenheit. Nach außen vertraten sie in erster Linie nationale Interessen. Jedenfalls sollten wir in der Bundesrepublik die Ungarn und ihre Regierung als „nationale Ungarn“ werten und nicht unterschiedliche gesellschaftliche Systeme in den Vordergrund schieben. „We don't want to change our social system, we want to improve it“. Mit der Zeit werde die unvermeidliche industrielle Revolution (mit der Automatisierung und Rationalisierung der Produktionsmethoden) die gesellschaftlichen Systeme beeinflussen. Die beginnende internationale Zusammenarbeit, z. B. in den Entwicklungsländern, sei ein Beitrag auf diesem Wege. So arbeiteten bereits Ungarn mit Amerikanern in Afrika (?) zusammen. Die Probleme der unterentwickelten Länder seien ein Faktor der Weltpolitik, der die entwickelten Länder zwangsläufig zu einer verstärkten Zusammenarbeit bringen würde.

Er verstehe es nicht, daß die Deutschen die Oder-Neiße-Linie nicht anerkennen.⁷ Die „DDR“ sei für die Polen in erster Linie eine Garantie der Oder-Neiße-Linie.⁸ Er erkannte bei dem weiteren Meinungsaustausch jedoch an, daß die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie für die Bundesrepublik ein zu wichtiges Faustpfand sei, als daß sie es vor Erreichung der Wiedervereinigung aus der Hand geben könne. Auf meine Frage, wie er den Ausgang einer z. B. von der UNO überwachten Volksabstimmung in der „DDR“ zur Frage der Wiedervereinigung⁹ beurteile, erklärte Radványi, für ihn gäbe es gar keinen Zweifel dar-

⁴ Aufgrund der Hallstein-Doktrin lehnte die Bundesregierung eine Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zu solchen Staaten ab, die die DDR bereits diplomatisch anerkannt hatten. Die Hallstein-Doktrin wurde 1955 nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR entwickelt.

Zur Entstehung und Weiterentwicklung der Hallstein-Doktrin vgl. AAPD 1963, II, Dok. 251, und AAPD 1964, I, Dok. 171.

⁵ Zur Frage der Wiederaufnahme von Handelsvertragsgesprächen mit der Tschechoslowakei vgl. zuletzt Dok. 122 und weiter Dok. 353.

⁶ Vgl. dazu Dok. 226.

⁷ Vgl. dazu Dok. 58, Anm. 16.

⁸ Zur Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Grenze zu Polen durch die DDR am 6. Juli 1950 vgl. Dok. 124, Anm. 9.

⁹ Legationsrat Brunner, New York (UNO), schlug am 1. Juli 1966 vor, in der Bundesrepublik und der DDR unter UNO-Aufsicht eine Volksbefragung zur Wiedervereinigung durchzuführen. Da mit einer Ablehnung durch die sowjetische Regierung gerechnet werden müsse, sei zu prüfen, „ob und unter welchen Voraussetzungen der Vorschlag einer Volksbefragung in der VN-Vollversammlung vorgebracht werden sollte und ob er gegebenenfalls als Resolutionsentwurf zur Abstimmung zu stellen wäre“. Für die Aufzeichnung, die am 6. Juli 1966 von Botschaftsrat I. Klasse Caspari, New

über, daß die Menschen in der „DDR“ zu 80 % für die Wiedervereinigung und für den Westen stimmen würden. Aber Wahlen seien in der Politik eine fragwürdige Sache. Die Amerikaner seien sich wohl darüber im klaren, daß eine ähnliche Wahl in Südvietnam mit großer Majorität zugunsten einer Vereinigung mit Nordvietnam ausfallen würde. Niemand würde aber im Ernst erwarten, daß die Amerikaner es zulassen würden, daß einem solchen Wahlergebnis entsprochen würde.

Radványi, der die Unterhaltung freimütig und interessiert führte, erklärte schließlich, der „neue Wind“ müsse ausgenutzt werden, solange er wehe. Die Aufgabe der Politiker sei es, Gespräche mit der anderen Seite zu suchen und unentwegt das zu tun, was jeder Realpolitiker tue: gemeinsame Interessen zu erforschen und unverzüglich politisch, wirtschaftspolitisch und kulturell zu nutzen.

Zum Schluß regte er an, nach einiger Zeit das Gespräch bei ihm „mit einem Gulasch-Essen“ im gleichen Kreise fortzusetzen. Er schlug ferner vor, später entweder bei ihm oder, wenn ich es wünsche, bei mir ein zwangloses Gespräch mit dem rumänischen Botschafter Balaceanu, dem polnischen Botschafter Drozniak, dem bulgarischen Botschafter Gerasimow (alter intimer Freund von Dimitrow) und eventuell auch mit dem aufgeschlossenen russischen Gesandten Sintschuk zu arrangieren.

Herr Radványi machte auf mich den Eindruck eines mit Humor begabten Mannes, dessen gesellschaftliche Herkunft trotz seiner Versicherung, er sei früher Fabrikarbeiter gewesen, nicht recht erkennbar ist. Aus seinen Darlegungen über die Persönlichkeit Kádárs, den er als einen unorthodoxen, pragmatisch denkenden, bescheidenen und kraftvollen Politiker schilderte, wie auch aus anderen Äußerungen gewann ich den Eindruck, daß er zwar überzeugter Kommunist, aber an neuen Wegen politischen Denkens interessiert sei. Seine freundliche und aufgeschlossene Gattin verriet Bildung und weitgestreute politische Kenntnisse.

Herr Radványi sprach teils Englisch, teils ganz gut Deutsch. Er erklärte allerdings, ich sei der erste, mit dem er sich bereit gefunden habe, Deutsch zu sprechen. Trotzdem empfand ich bei ihm keine antideutschen Ressentiments. Er fährt in der nächsten Woche auf Urlaub nach Budapest und wird unterwegs in Untertürkheim seinen dort bestellten Mercedeswagen abholen. Bei der Verabschiedung bat er mich, seine Grüße Herrn Botschafter Knappstein auszurichten.¹⁰

Stackelberg

VS-Bd. 4211 (II A 5)

Fortsetzung Fußnote von Seite 917

York (UNO), übermittelt wurde, vgl. VS-Bd. 4171 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1966.

Am 15. Juli 1966 stimmte Vortragender Legationsrat I. Klasse Oncken dem Vorschlag zu und empfahl eine Konsultation mit den Drei Mächten in New York. Vgl. VS-Bd. 4171 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1966.

10 Am 29. Juli 1966 stellte Legationsrätin I. Klasse Finke-Osiander zu dem Gespräch fest: „Der Zweck des von dem Ungarn gesuchten Gespräches ist nicht eindeutig erkennbar. Es könnte sich um eine Sondierung über die Absichten unserer Ostpolitik gehandelt haben. Es sind jedoch auch weitergehende Intentionen dieser gezielten Bemühung um einen hohen deutschen Diplomaten möglich, über die vielleicht die in Aussicht genommenen weiteren Kontakte Aufschluß geben werden.“ Vgl. VS-Bd. 4211 (II A 5); B 150, Aktenkopien 1966.

Vgl. weiter Dok. 305.

220

Bundeskanzler Erhard an Präsident Johnson**MB 1850/66 VS-vertraulich****5. Juli 1966¹**

Sehr verehrter, lieber Herr Präsident!

Vor kurzem hatten wir hier den Besuch von Außenminister Dean Rusk. Ich führte ein langes Gespräch mit ihm², in dem zu meiner großen Freude eine volle Übereinstimmung in den großen politischen Fragen erkennbar war. Ebenso hat Herr Schröder mir von der sehr guten Zusammenarbeit zwischen ihm und Herrn Rusk auf der Brüsseler NATO-Konferenz³ berichtet.

In dieser schwierigen Phase kommt es nach meiner Auffassung entscheidend darauf an, daß die 14 NATO-Partner, die das Bündnis in seiner bisherigen integrierten Form fortsetzen wollen, eine klare und feste Haltung einnehmen. Nur so haben wir, wie ich hoffe, eine Chance, mit Frankreich zu einem befriedigenden Ergebnis zu kommen, obgleich ich dabei die Schwierigkeiten der bevorstehenden Verhandlungen keineswegs unterschätze. Entscheidend ist – und das ist wohl die Auffassung aller NATO-Partner – daß Frankreich bezüglich seiner in Deutschland stationierten Truppen klare Verpflichtungen für den Bündnisfall übernimmt.

Auch in der Frage der künftigen Entwicklung der Ost-West-Beziehungen stimmen die Auffassungen der deutschen und amerikanischen Regierung überein – übrigens wohl auch die der französischen Regierung, soweit wir aus den uns bisher vorliegenden Berichten über die Gespräche des französischen Staatspräsidenten in der Sowjetunion⁴ entnehmen können. Wir sollten jede vernünftige sich bietende Chance ergreifen, um die Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten zu verbessern. Dazu aber darf ich Ihnen versichern, daß ein europäisches Gespräch ohne die entscheidende Mitwirkung der Vereinigten Staaten für die Bundesregierung unvorstellbar und unannehmbar ist.⁵

Unsere Friedensnote vom 25. März 1966⁶ stellt einen Versuch dar, den Boden für eine Verständigung aufzulockern. Unsere NATO-Partner und viele andere Regierungen haben zu unserer Freude eine sehr positive Haltung dazu eingenommen. Die Reaktion der osteuropäischen Staaten ist erwartungsgemäß überwiegend negativ, aber es zeigt sich doch, daß einige – auch die Sowjetuni-

¹ Durchdruck.

² Für das Gespräch vom 9. Juni 1966 vgl. Dok. 185.

³ Zur Tagung der Außenminister der NATO-Mitgliedstaaten ohne Frankreich am 6. Juni und des NATO-Ministerrats am 7./8. Juni 1966 in Brüssel vgl. Dok. 182.

⁴ Zum Besuch des Staatspräsidenten de Gaulle vom 20. Juni bis 1. Juli 1966 in der UdSSR vgl. Dok. 204.

⁵ Der Passus „übrigens wohl auch ... unannehmbar ist“ wurde von Ministerialdirigent Simon hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Die unterstrichenen Sätze sind vom Herrn Bundeskanzler eingefügt.“

⁶ Vgl. dazu Dok. 58.

on selbst – an unserem Vorschlag, Gewaltverzichtserklärungen abzugeben, interessiert sind.⁷

Die wieder aufgenommenen Abrüstungsverhandlungen in Genf⁸ finden unser Interesse und unsere volle Aufmerksamkeit. Wir glauben, daß die Bemühungen um den Abschluß eines Nichtverbreitungsabkommens fortgesetzt werden sollten, daß aber – wie es der amerikanische Entwurf⁹ vorsieht – die Möglichkeit, in Zukunft eine gemeinsame integrierte nukleare Streitmacht unter den dazu bereiten Partnern des Nordatlantik-Bündnisses aufzubauen, nicht ausgeschlossen werden darf.

Ich habe mit Außenminister Rusk schließlich über die Kennedy-Runde und über den Devisenausgleich für die in Deutschland stationierten amerikanischen Truppen gesprochen. Die Vorarbeiten für die Kennedy-Runde sind zu meiner Freude auf der letzten Brüsseler Ratssitzung ein gutes Stück vorangekommen. Der Ministerrat der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft hat nunmehr der Kommission Mandate für alle bisher noch ausstehenden Positionen des industriellen Bereichs erteilt.¹⁰

Der Devisenausgleich stellt uns zweifellos vor schwierige Probleme. Wir werden indessen das uns Mögliche tun, um eine auch für die Vereinigten Staaten annehmbare Lösung zu finden. Dabei sollten allerdings auch andere Leistungen als nur der Bezug von Waffen und militärischem Ausrüstungsgerät in Betracht gezogen werden. Nach meiner und, ich hoffe, auch Ihrer Auffassung sollte aber dieser Fragenkomplex nicht mit der Frage des künftigen Verbleibens amerikanischer Truppen in Deutschland in Verbindung gebracht werden.¹¹ Das gibt allzu leicht zu einer Betrachtung Anlaß, die der Freundschaft zwischen unseren beiden Ländern und unserer gemeinsamen Aufgabe nicht gerecht wird.¹²

Ich habe mit Herrn Rusk auch über eine Begegnung mit Ihnen gesprochen und meiner Freude, Sie wiederzusehen, Ausdruck gegeben. Nach meinen eigenen Dispositionen wäre mir ein Termin um den 8. September am genehmsten, aber selbstverständlich akzeptiere ich auch jeden anderen von Ihnen vorgeschlage-

⁷ Zu den Reaktionen der osteuropäischen Staaten auf die Note der Bundesregierung vom 25. März 1966 vgl. Dok. 203.

⁸ Die Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission nahm am 14. Juni 1966 ihre Arbeiten wieder auf. Vgl. dazu zuletzt Dok. 218.

⁹ Zum amerikanischen Entwurf eines Nichtverbreitungsabkommen vom 1. Februar 1966, der am 21. März 1966 der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission in Genf übergeben wurde, vgl. Dok. 30.

¹⁰ Auf der Tagung vom 13./14. Juni 1966 in Brüssel ermächtigte der EWG-Ministerrat die EWG-Kommission u.a., die Verhandlungsangebote im Rahmen der Kennedy-Runde für Papier und Halbstoffe, Aluminium und Aluminium-Erzeugnisse zu ergänzen. Vgl. dazu BULLETIN DER EWG 8/1966, S. 58. Vgl. ferner den Runderlaß des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg vom 15. Juni 1966; Referat III A 2, Bd. 188.

Zum Stand der Diskussion im EWG-Ministerrat über die Fortsetzung der Verhandlungen in der Kennedy-Runde vgl. weiter Dok. 235.

¹¹ Zur Frage eines Abzugs amerikanischer Truppen aus der Bundesrepublik vgl. Dok. 217 und weiter Dok. 233.

¹² Dieser Satz wurde von Ministerialdirigent Simon hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Vom Herrn Bundeskanzler eingefügt.“

nen Termin.¹³ Ich weiß nur zu gut – und ich fühle mit Ihnen – welch schwere Verantwortung gerade in dieser Zeit auf Ihnen ruht.¹⁴

Mit meinen besten Grüßen
in freundschaftlicher Verbundenheit

Ihr [gez.] Ludwig Erhard

VS-Bd. 10078 (Ministerbüro)

221

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg

D I-278 I/66

7. Juli 1966

Betr.: Anerkennung des neuen Militärregimes in Argentinien¹

Am 6. Juli teilte mir der Gesandte Hillenbrand von der amerikanischen Botschaft folgendes mit:

Das State Department sei nicht besonders erfreut, daß wir uns entschlossen hätten, dem neuen argentinischen Militärregime so schnell unsere Bereitschaft, die freundschaftlichen Beziehungen mit ihm fortzusetzen, zu notifizieren.² Andererseits habe man in Washington jedoch Verständnis für unsere besonderen Gründe, die ich dem Gesandten am 5. Juli dargelegt hatte.³ Das State Department würde es jedoch begrüßen, wenn Herr Staatssekretär Prof. Dr. Carstens seinen Besuch in Argentinien nach Möglichkeit hinauszögern würde. Wenn Herr Staatssekretär Carstens bereits in den nächsten Tagen in Buenos Aires erschiene, wäre er der erste ausländische Regierungsvertreter hohen

¹³ Für die deutsch-amerikanischen Regierungsbesprechungen am 26./27. September 1966 in Washington vgl. Dok. 297, Dok. 298 und Dok. 300–302.

¹⁴ Zum Antwortschreiben des Präsidenten Johnson vom 25. August 1966 an Bundeskanzler Erhard vgl. Dok. 270.

1 Am 28. Juni 1966 führte der Oberbefehlshaber der argentinischen Armee, General Pistarini, einen Staatsstreich durch und erklärte Präsident Illia für abgesetzt. Am 29. Juni 1966 wurde General Onganía als neuer Präsident vereidigt. Am selben Tag verabschiedete ein Revolutionsrat das „Statut der Revolution“, in dem u.a. die Auflösung der Nationalversammlung, der Provinzparlamente und aller politischen Parteien verkündet sowie eine Diktatur auf unbestimmte Zeit ausgerufen wurde. Vgl. dazu die Drahtberichte Nr. 135 und 137 des Botschafters Mohr, Buenos Aires, vom 28. und 29. Juni 1966; Referat I B 2, Bd. 451.

2 Am 5. Juli 1966 informierte Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg die Botschaft in Buenos Aires, daß die Bundesregierung bereit sei, „diplomatische Beziehungen mit neuer argentinischer Regierung Onganía fortzusetzen“. Eine entsprechende Notifizierung solle am 7. Juli 1966 erfolgen. Vgl. den Drahterlaß Nr. 2675; Referat I B 2, Bd. 452.

3 Am 5. Juli 1966 erläuterte Ministerialdirektor Meyer-Lindenberg gegenüber dem amerikanischen Gesandten Hillenbrand, daß die Bundesregierung keine „formliche Anerkennung von Regierungen“ ausspreche. Vielmehr sei es üblich, „mit Regierungen, die aufgrund von Staatsstichen zur Macht gelangten, die Beziehungen fortzusetzen und dies der neuen Regierung, sobald sich die Verhältnisse einigermaßen konsolidiert hätten, in Form einer Note zu bestätigen“. Vgl. VS-Bd. 2535 (I B 2); B 150, Aktenkopien 1966.

Ranges, dessen Besuch eine politische Aufwertung der Onganía-Regierung bewirke. Er, Hillenbrand, bate zu erwägen, ob Herr Staatssekretär Carstens nicht seine Reisepläne in der Weise ändern könne, daß er zuerst Brasilien und erst danach Argentinien besuche.⁴

Ich antwortete, daß eine solche Änderung der Reiseroute von Herrn Staatssekretär Carstens nicht möglich sei. Die Terminvereinbarungen seien vor vielen Monaten getroffen worden. Hauptzweck der Reise von Herrn Staatssekretär Carstens nach Argentinien sei seine Teilnahme an dem 50jährigen Jubiläum der Deutsch-Argentinischen Handelskammer.⁵

Der Gesandte brachte seinen Vorschlag ohne Nachdruck vor. Ich hatte den Eindruck, daß er seine Instruktion in der Erwartung der Antwort, die ich ihm erteilt habe, ausgeführt hat.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär⁶ zur Kenntnis vorgelegt.

Meyer-Lindenberg

VS-Bd. 2535 (I B 2)

⁴ Staatssekretär Carstens besuchte vom 28. Juni bis 17. Juli 1966 Bolivien, Argentinien und Brasilien. Vom 5. bis 10. Juli 1966 hielt er sich in Argentinien auf, wo er am letzten Tag ein Doppelbesteuерungsabkommen unterzeichnete. Zu den Gesprächen mit Präsident Onganía, Außenminister Costa Méndez und Wirtschaftsminister Salímei vgl. den Schriftbericht des Botschafters Mohr, Buenos Aires, vom 21. Juli 1966; Referat I B 2, Bd. 445. Vgl. ferner CARSTENS, Erinnerungen, S. 305 f.

Zum Aufenthalt in Brasilien vgl. Dok. 225.

⁵ Am 15. April 1966 bat der Präsident der Deutsch-Argentinischen Handelskammer, Schwarzböck, Staatssekretär Carstens, an den Feiern anlässlich des 50jährigen Bestehens der Handelskammer am 11. Juli 1966 in Buenos Aires teilzunehmen. Für das Schreiben vgl. Referat I B 2, Bd. 445. Botschafter Mohr, Buenos Aires, berichtete am 30. Juni 1966, die Handelskammer habe die Jubiläumsfeiern wegen der unsicheren politischen Lage „abgesagt und auf einen späteren Zeitpunkt verschoben“. Vgl. den Drahtbericht Nr. 138 vom 30. Juni 1966; Referat I B 2, Bd. 445.

Am 13. Juli 1966 traf Carstens mit Mitgliedern der Handelskammer zu einer informellen Veranstaltung zusammen. Vgl. dazu den Schriftbericht von Mohr vom 21. Juli 1966; Referat I B 2, Bd. 445.

⁶ Hat Staatssekretär Lahr am 7. Juli 1966 vorgelegen.

222

Runderlaß des Ministerialdirektors Werz

II A 1-80.08/1

11. Juli 1966¹

Betr.: Meinungsaustausch SPD/SED²;
hier: Sprachregelung

Auf Runderlaß II A 1-80.08/1 vom 29.4.1966³

I. 1) Die SED hat durch ihren Propagandachef Albert Norden am 29.6.1966 die für den 14. und 21. Juli 1966 vorgesehenen gemeinsamen Veranstaltungen der SPD und SED in Chemnitz und Hannover abgesagt.⁴ Sie begründete die Absage u.a. mit der Behauptung, die SPD habe nicht die notwendigen Voraussetzungen für die Veranstaltung in Hannover geschaffen: sie habe durch Unterstützung des „Gesetzes über eine befristete Freistellung von der deutschen Gerichtsbarkeit“ (am 23.6. vom Bundestag beschlossen)⁵ die „revanchistische Alleinvertretungsanmaßung“ der Bundesregierung unterstützt.

2) Diese Argumentation ist ein Musterbeispiel kommunistischer Dialektik. Gerade der SED ist bekannt gewesen, daß die Voraussetzungen für ein Zustandekommen der Hannoveraner Veranstaltung nur mit Hilfe des genannten Gesetzes geschaffen werden konnten. Die SED-Führung dürfte sich daher der Fadenscheinigkeit ihrer Dialektik am besten bewußt sein. Wenn sie gleichwohl zu Argumenten dieser Art Zuflucht nahm, dann deshalb, weil die Vorteile, die sich die SED bei ihrem Vorschlag eines Redneraustausches seinerzeit ausgegerechnet hatte, zunehmend gegenüber den Risiken für Pankow an Bedeutung verloren.

3) Die SED hatte zunächst die folgenden Ziele angestrebt:

- die Förderung der Anerkennung der Zone als „zweiten deutschen Staat“;
- die Aufspaltung der gemeinsamen Deutschland-Position der großen staatstragenden Parteien in der Bundesrepublik Deutschland;
- die Schaffung von Konflikten innerhalb der SPD durch die Herstellung einer Aktionsgemeinschaft der SED mit dem linken SPD-Flügel;
- schließlich die Entlastung des SED-Regimes von dem Odium, ein Instrument der sowjetischen Fremdherrschaft zu sein.

4) Die Erwartungen der SED erwiesen sich als Fehlkalkulation. Schon die Vorbereitung des Meinungsaustausches SPD/SED hatte andere Folgen, als die SED-Führung erhofft hatte:

1 Durchschlag als Konzept.

2 Vgl. dazu zuletzt Dok. 212.

3 Für den Runderlaß des Ministerialdirektors Werz vgl. Referat II A 1, Bd. 317.

4 Für den Wortlaut der Rede des Mitglieds des Politbüros des ZK der SED, Norden, vgl. DzD IV/12, S. 1007–1027.

5 Für den Wortlaut vgl. BT ANLAGEN, Bd. 105, Drucksache V/690.

Zur Beratung und zur Verabschiedung des Gesetzes vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 62, S. 2435–2441.

Zur Frage des „freien Geleits“ für SED-Mitglieder vgl. bereits Dok. 138, Anm. 18.

- in ganz Deutschland wurde die Wiedervereinigungsdiskussion belebt;
- in der Zone entwickelte sich auf Grund der Veröffentlichung der SPD-Briefe im „Neuen Deutschland“⁶ eine „legitime“ Diskussion über Deutschlandfragen, die die Autorität des Regimes in Frage zu stellen drohte und die zumindest seinen Bemühungen entgegenwirkte, ein besonderes „DDR-Bewußtsein“ zu schaffen;
- die großen politischen Parteien im freien Deutschland blieben sich in den Grundsatzfragen der Deutschlandpolitik einig;
- die SPD demonstrierte auf dem Dortmunder Parteitag am 1./2. Juni 1966 in überzeugender Weise die Geschlossenheit der Parteiführung.⁷

Damit entfielen für Pankow die wesentlichen Voraussetzungen für eine Fortführung des Gespräches. Vor allem der Verlauf des Dortmunder Parteitages muß desillusionierend gewirkt haben. Es fällt jedenfalls auf, wie seit Mitte Juni eine Verhärtung der Pankower Haltung auf den verschiedensten Fronten eintrat, unter anderem auch bei der Wiederaufnahme der Passierscheinverhandlungen.⁸

5) Inwieweit diese Verhärtung des sowjetzonalen Kurses auf Weisung oder Empfehlung von Moskau erfolgte, ist hier nicht bekannt. Es liegen aber Meldungen vor, die besagen, daß die Sowjetregierung im Hinblick auf die Pekingfrage⁹ und auf die Schwierigkeiten innerhalb des Warschauer Paktsystems (rumänische Haltung¹⁰) eine Deutschland-Diskussion zu vermeiden suchte, die einen nicht im voraus berechenbaren Verlauf zu nehmen drohte. Hätte Moskau Ulbricht zur Fortführung des Gesprächs ermutigt, dann hätte dieser einem solchen Wink nach aller Erfahrung mit größter Wahrscheinlichkeit Folge geleistet.

Die SED hat heute eine Verlustrechnung aufzumachen. Diese ist durch eine grundlegende Fehleinschätzung der psychologischen Lage in beiden Teilen

⁶ Zu den Schreiben der SPD vom 18. März und vom 15. April 1966 an das ZK der SED vgl. Dok. 126, Anm. 20, und Dok. 172, Anm. 3.

⁷ Auf dem Parteitag vom 1. bis 5. Juni 1966 befaßte sich die SPD ausführlich mit der Deutschland-Frage und nahm einstimmig eine Entschließung zur „Deutschlandpolitik unter den sich verändernden weltpolitischen Bedingungen“ an. Im Verlauf des Parteitags wurde zwar die Bereitschaft zur Durchführung des vereinbarten Redneraustauschs mit der SED wiederholt; der Parteivorsitzende und Regierende Bürgermeister von Berlin, Brandt, stellte am 3. Juni 1966 jedoch fest: „Das offen ausgesprochene Ziel der kommunistischen SED ist es, mit der SPD in eine so enge Tuchfühlung zu kommen, daß dadurch möglicherweise ein Spaltpilz in die SPD und/oder jedenfalls in das Verhältnis der demokratischen Parteien in der Bundesrepublik getragen wird. Es gehört wohl überhaupt zum Wesen kommunistischen Denkens und kommunistischer Strategie, Gegensätze in der nichtkommunistischen Welt und in demokratischen Parteien auzunützen, zu schüren, gelegentlich allerdings auch völlig falsch einzuschätzen.“ Vgl. DzD IV/12, S. 833. Für den Wortlaut der Entschließung zur Deutschlandpolitik vgl. DzD IV/12, S. 848–852 (Auszug).

⁸ Die Verhandlungen für eine 5. Passierschein-Vereinbarung wurden am 13. Juni 1966 in Ost-Berlin aufgenommen. Am 24. Juni 1966 lehnte der Staatssekretär beim Ministerrat der DDR, Kohl, den Entwurf des Senats von Berlin vom 13. Juni 1966 über eine Passierschein-Regelung ab. Zur Begründung verwies er u. a. auf die Ausführungen des Abgeordneten Wehner auf dem SPD-Parteitag vom 1. bis 5. Juni 1966 in Dortmund. Vgl. dazu DzD IV/12, S. 981–982. Zu den Ausführungen von Wehner vgl. Dok. 188, besonders Anm. 6 und 8.

Vgl. weiter Dok. 231.

⁹ Zum sowjetisch-chinesischen Konflikt vgl. Dok. 187.

¹⁰ Zu den rumänischen Bemühungen um eine unabhängige Außenpolitik vgl. Dok. 153, Anm. 5.

Deutschlands bedingt. Die SED-Führer, befangen in ihren Denkschablonen von der Unausweichlichkeit bestimmter historischer Entwicklungen, überschätzten sowohl die Solidität der Grundlagen des SED-Regimes als auch die Möglichkeit einer kommunistischen Infiltration im freien Deutschland. Hier liegen schließlich die Gründe für die Entscheidung des Regimes, im Interesse der eigenen Absicherung den Gesichtsverlust eines mit fadenscheinigen Vorwänden begründeten Rückzuges in Kauf zu nehmen.

Unabhängig hiervon veranschaulicht der Vorgang, in welchem Umfang das deutsche Volk bereit ist, an der Wiedervereinigungsdiskussion Anteil zu nehmen. Wir hoffen daher, daß den im Ausland gelegentlich anzutreffenden Spekulationen, das deutsche Volk werde sich allmählich mit seiner Teilung abfinden, die Grundlage entzogen wurde. Die innerdeutschen Diskussionen über den Redneraustausch bestätigen jedenfalls unsere Auffassung, daß die gesamte deutsche Öffentlichkeit dann aktiv zur Erörterung des Deutschlandproblems bereit ist, wenn sich die Ansätze für konkrete Aktionsmöglichkeiten abzeichnen. Gewiß waren eigentliche Resultate in der Frage des Redneraustausches kaum zu erwarten. Aber die psychologischen Wirkungen, die von dem Meinungsaustausch ausgehen, sind nicht zu übersehen. In der Demonstration des zunehmenden Wiedervereinigungsinteresses in unserer Öffentlichkeit und in der Tatsache des Zurückweichens von Ulbricht liegt das Politikum dieser Vorgänge. Es ist einer weiteren Öffentlichkeit auch außerhalb Deutschlands bewußt geworden, daß Ulbricht und seine SED in der Frage des Redneraustausches nicht nur die Ausgangslage verkannten, sondern auch eine Reihe taktischer Fehler begingen. Dies kann sich für unsere Position günstig auswirken.

II. Es wird gebeten, sich vorstehender Sprachregelung bei Gesprächen und im Rahmen unserer Öffentlichkeitsarbeit zu bedienen.

Im Auftrag
Werz¹¹

Referat II A 1, Bd. 217

¹¹ Paraphe vom 13. Juli 1966.

223

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Werz

II A 1-85.50/1-1091/66 VS-vertraulich

14. Juli 1966¹

Betr.: TTD-Frage²;
hier: Überprüfung des TTD-Systems durch die NATO

Unsere Bemühungen, das TTD-System arbeitsfähig zu erhalten, stoßen zunehmend auf Schwierigkeiten. Eine Überprüfung unserer Position in der TTD-Frage erscheint notwendig.

I. Zur Lage:

- 1) Folgende Fragen legen neuerdings eine Revision des TTD-Systems nahe:
 - a) Die Niederländer fordern im Hinblick auf die Schwimmweltmeisterschaften [in] Utrecht (August 1966)³ eine Lockerung der TTD-Sperre für Sportjournalisten.⁴ Sie werden dabei von fast allen NATO-Verbündeten unterstützt. Der Osten hat es im Falle der Sportjournalisten verstanden, die „Association Internationale de la Presse Sportive“ (AIPS) und damit weite Kreise der westlichen Öffentlichkeit für sich zu mobilisieren, die heute die Aufhebung der TTD-Sperre für Sportjournalisten verlangen. Vor allem die Skandinavier und die Benelux-Länder, aber auch die Briten sehen sich nicht in der Lage, diesem Druck zu widerstehen.⁵
 - b) Die EKD forderte eine Sonderregelung für Reisen evangelischer Geistlicher aus der Zone (kein TTD-Erfordernis, statt dessen Einlage von Blättern mit den notwendigen Einreisevisa in den SBZ-Pass).⁶ Die Amerikaner, die unter dem Druck der amerikanischen Kirchenverbände stehen, haben sich diesen Vorschlag insofern zu eigen gemacht, als sie eine Sonderregelung nach Art der Rentnerregelung (anstelle des TTDs ein vom Einreiseland ausgestelltes Blatt, das gleichzeitig als Ausweis und Sichtvermerkpapier dient) anregen.⁷ Würde sich dieser Vorschlag durchsetzen, dann hätte es die Zone durch das Verbot für

1 Die Aufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat I. Klasse Oncken und von Legationsrat von der Gablenz konzipiert.

2 Vgl. dazu zuletzt Dok. 192.

3 Die Schwimm-Europameisterschaften fanden vom 20. bis 27. August 1966 statt.

4 Botschafter Grewe, Paris (NATO), berichtete am 16. Juni 1966, die niederländische Regierung habe sich für Lockerungen der TTD-Richtlinien für Sportjournalisten ausgesprochen. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1148, VS-Bd. 4140 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1966.

Am 18. Juli 1966 erklärte der Abteilungsleiter im niederländischen Außenministerium, de Ranitz: „Würden die TTD nicht erteilt, dann werde die niederländische Regierung in der [...] Öffentlichkeit [...] schwersten Angriffen ausgesetzt sein. Die Masse der Holländer werde es nicht verstehen, wenn zwar den Sportlern selbst die Einreise gestattet, den Journalisten dagegen [...] verwehrt werde. [...] De Ranitz ließ auch keinen Zweifel daran, daß [...] auch die Bundesregierung Zielscheibe der Kritik bei Versagung der Einreise für die Sportjournalisten sein werde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 208; VS-Bd. 2438 (I A 3); B 150, Aktenkopien 1966.

5 Zur Bereitschaft der NATO-Staaten, die TTD-Bestimmungen zu lockern, vgl. bereits AAPD 1965, III, Dok. 442.

6 Zum Vorschlag der EKD vom 12. April 1966 vgl. Dok. 143, Anm. 4.

7 Vgl. dazu Dok. 143, besonders Anm. 6.

die Geistlichen, TTDs zu beantragen, erreicht, daß das TTD-System in einem entscheidenden Punkt aufgehoben wird.

Zu dem amerikanischen Vorschlag ist zu bemerken, daß er nicht realisierbar ist. Die Rentnerregelung kam bisher nicht zum Zuge. Zwar wurden ca. 1600 Anträge auf Visa-Erteilung eingereicht; kein Rentner erhielt jedoch die Ausreisegenehmigung, da die Zone auf der Verwendung des SBZ-Reisepasses zu bestehen scheint.

2) Wir sind gehalten, bei der Behandlung vorgenannter Fragen konstruktiv mitzuarbeiten, um nicht in eine totale Isolierung zu geraten. Wir schlugen daher zunächst den Drei Mächten vor, beide Probleme miteinander zu verknüpfen und eine Lockerung der TTD-Sperre für bestimmte Journalisten dann zu erwägen, wenn die Zone dafür den Geistlichen die Möglichkeit der Beantragung von TTDs einräume.⁸ Uns lag bei diesem Vorschlag vor allem daran, den Geistlichen zu helfen. Die Drei Mächte haben aus formalen Gründen unseren Vorschlag abgelehnt.⁹ Die Amerikaner bestanden auf einer Lockerung der TTD-Sperre für Sportjournalisten und empfahlen weiterhin eine Sonderregelung für Geistliche, obwohl ihnen unsere schwerwiegenden Bedenken (Auslöschung des TTD-Systems, Bevorzugung der Geistlichen gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen) bekannt sind.

3) Wir haben daraufhin vorgeschlagen, beide Fragen im Rahmen einer allgemeinen Überprüfung des TTD-Systems zu klären. Wir suchten so zu vermeiden, daß

- durch isolierte Lockerung der TTD-Sperre für Sportjournalisten der Eindruck entsteht, als wichen wir in dieser Frage vor einem östlichen Druck zurück;
- durch eine Sonderregelung für Reisen evangelischer Geistlicher ohne TTD ein Präzedenzfall entsteht, der im Endeffekt das ganze TTD-System aushöhlen würde.¹⁰

Die drei Verbündeten haben sich diesen Vorschlag zu eigen gemacht und gemeinsam mit uns eine entsprechende Erklärung im Politischen Ausschuß der NATO am 7. 7. 1966 abgegeben.¹¹

4) Aufgrund unseres Vorschlages wurden am 11. 7. Beratungen der TTD-Sachverständigen in der Bonner Vierergruppe eingeleitet.¹² Die Bonner Vierergruppe wird einen Bericht über Möglichkeiten für eine Vereinfachung des bis-

8 Zum Vorschlag des Auswärtigen Amtes vom 23. Juni 1966 vgl. Dok. 192, Anm. 8.

9 Am 27. Juni 1966 berichtete Botschafter Grewe, Paris (NATO), die Vertreter der Drei Mächte hätten erklärt, „daß in TTD-Fragen nur Erklärungen abgegeben werden sollten, die vorher im Viererrahmen abgesprochen“ worden seien. Vgl. den Drahtbericht Nr. 1202; VS-Bd. 4140 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1966.

Am 28. Juni 1966 informierte Ministerialdirigent Ruete die Vertretung bei der NATO in Paris, daß die Drei Mächte das „Junktum zwischen Sportjournalisten- und Geistlichen-Frage“ nicht billigten: „Amerikaner, unterstützt durch Briten, fügten hinzu, daß sie Lockerungen für Sportjournalisten anstreben und gleichzeitig Sonderregelung für Geistliche als zweckmäßig erachten.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 865; VS-Bd. 4140 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1966.

10 Die Wörter „Endeffekt das ganze TTD-System aushöhlen“ wurden von Staatssekretär Lahr hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

11 Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 1277 des Botschafters Grewe, Paris (NATO), vom 7. Juli 1966; VS-Bd. 4140 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1966.

12 Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 2779 des Ministerialdirektors Werz vom 12. Juli 1966; VS-Bd. 4140 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1966.

herigen TTD-Systems ausarbeiten, der dann vom NATO-Rat gebilligt werden soll. Um ggf. die niederländischen Wünsche bezüglich TTD-Erteilung an Sportjournalisten für die Schwimmweltmeisterschaften [in] Utrecht erfüllen zu können, haben wir vorgeschlagen, den Bericht beschleunigt fertigzustellen. Die TTD-Erteilung wäre in diesem Falle aufgrund einer generellen Regelung möglich (gegen eine Ad-Hoc-Regelung bestehen Bedenken, die insbesondere auch von den Briten geteilt werden, da diese einer Reihe von SBZ-Journalisten die Einreise zur Beobachtung der derzeitigen Fußballweltmeisterschaften¹³ verwehrt haben).

II. Zum weiteren Vorgehen:

Abteilung II beabsichtigt, bei der Formulierung des Berichts darauf hinzuwirken, daß sich die NATO-Partner auf folgendes einigen.

1) Strikte Respektierung des ATO für alle Reisen von Deutschen aus der SBZ ins westliche Ausland.

Es kann keine Ausnahmen von der TTD-Regelung geben. Jede Sonderregelung führt unausweichlich zur Forderung weiterer Sonderregelungen, denen sich der Westen erfahrungsgemäß schwer entziehen kann. Wir dürfen daher den Wünschen auf elastische Handhabung der TTD-Politik nur auf dem Wege über eine Lockerung (durch grundsätzliche Freigabe bestimmter Gruppen), nicht aber auf dem Wege einer Durchlöcherung des TTD-Systems (durch Aufhebung des TTD-Zwanges für bestimmte Gruppen) entgegenkommen. Es wird daher u.U. notwendig sein, den Verbündeten nahezulegen, Repressalien (z.B. durch Ablehnung von TTDs in solchen Fällen, in denen an sich die Voraussetzungen für eine TTD-Erteilung gegeben sind) zu ergreifen, um der Erpressungspolitik Pankows im Falle der Geistlichen entgegenzuwirken.

2) TTD-Sperre für alle hohen Funktionäre und politischen Propagandisten sowie für sonstige Vertreter des SBZ-Regimes mit politischem Reiseziel.

In diesem Zusammenhang wäre eine Vereinfachung des TTD-Systems durch Zusammenfassung der insgesamt 13 gesperrten und nicht gesperrten Kategorien jeweils in einer gesperrten Kategorie „political“ und einer nicht gesperrten Kategorie „non-political“¹⁴ zu erwägen. Die Definition der gesperrten Kategorie „political“ macht freilich redaktionelle Schwierigkeiten. Immerhin erscheint diese Lösung gangbar, da sie die Möglichkeit bietet, die Frage der Sportjournalisten unauffällig im Sinne unserer Verbündeten zu regeln, ohne daß der Eindruck eines Zurückweichens entsteht.

3) Verpflichtung aller NATO-Staaten, politische Werbung für Pankow durch Deutsche aus der SBZ in ihrem Lande zu unterbinden.

Um die TTD-Gewährung im nichtpolitischen Bereich großzügig handhaben und damit Differenzen innerhalb der Allianz vermeiden zu können, sollte den NATO-Staaten, in die sich die Reisenden begeben, nahegelegt werden, politische Aktivitäten dieser Reisenden zu verhindern. Hierbei können wir uns auf die bestehende Regelung bei Sportveranstaltungen und Kongressen beziehen

¹³ Die Fußball-Weltmeisterschaft fand vom 11. bis 30. Juli 1966 statt.

¹⁴ Zu den Kategorien der TTD-Richtlinien vgl. Dok. 143, Anm. 5.

(das Einreiseland versichert dem ATO, daß jede politische Aktivität der SBZ-Delegation verhindert wird).

4) Ziel unserer Bemühungen sollte es sein, eine einfache, übersichtliche, für alle Bevölkerungskreise gleich verbindliche Regelung der TTD-Frage herbeizuführen, die die Autorität des ATO weiterhin gewährleistet.

Hiermit dem Herrn Staatssekretär¹⁵ mit der Bitte um Zustimmung zu dem o. a. Vorschlag vorgelegt.

Werz

VS-Bd. 4240 (II A 1)

224

Aufzeichnung des Ministerialdirektors Meyer-Lindenberg

I A 1-80.11/NATO/993/66 geheim

15. Juli 1966¹

Betr.: Deutsch-französische Verhandlungen über Aufenthaltsrecht und Status der französischen Streitkräfte in Deutschland²;
hier: Verhandlungen in Bonn am 15. Juli 1966

I. Die deutsch-französischen Verhandlungen über Aufenthaltsrecht und Status der französischen Streitkräfte in Deutschland wurden heute in Bonn fortgesetzt. Die Besetzung der Delegationen war dieselbe wie am 13. Juni.³ Hinzutraten auf französischer Seite General Multrier (stellvertretender Stabschef der französischen Streitkräfte) und Herr de Bresson (erster Rechtsberater des französischen Außenministeriums), auf deutscher Seite Brigadegeneral Freiherr Freytag von Loringhoven. Behandelt wurden:

¹⁵ Hat Staatssekretär Lahr am 15. Juli und erneut am 19. Juli 1966 vorgelegen, der die Weiterleitung an Staatssekretär Carstens verfügte und handschriftlich vermerkte: „Ich halte die Entwicklung, die die Geistlichen betrifft, nicht für richtig, möchte aber diese Sache nicht aufhalten.“ Hat Carstens am 21. Juli 1966 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „1) Einv[erstanden]; 2) Wer muß beteiligt werden – B[undes]K[anzler]A[mt]? B[undes]M[inisterium für] Ges[amt]d[eu]t[sche Fragen]“?

Am 28. Juli 1966 stimmte der Politische Ausschuß des NATO-Rats einer Erklärung der Bonner Vierergruppe vom 26. Juli 1966 über eine Veränderung des TTD-Vergfahrens zu. Ministerialdiregent Ruete faßte die neuen Vorschläge dahingehend zusammen, „daß die TTD-Sperre nur für bestimmte Gruppen von Fach-Journalisten und für Touristen gelockert wird. Gleichwohl sollte die TTD-Sperre für diese Personen dann in vollem Umfang bestehen bleiben, wenn anzunehmen ist, daß ihre Reise einem politischen Zweck dient.“ Vgl. den Drahterlaß Nr. 3033 vom 1. August 1966; VS-Bd. 4140 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1966. Vgl. ferner den Drahtbericht Nr. 1421 des Brigadegenerals Schmückle, Paris (NATO), vom 29. Juli 1966; VS-Bd. 4140 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1966.

¹ Durchdruck.

² Vgl. dazu zuletzt Dok. 215.

³ Zu den Verhandlungen vom 13. Juni 1966, die auf französischer Seite vom Abteilungsleiter im Außenministerium, de Beaumarchais, geführt wurden, vgl. Dok. 190, besonders Anm. 15–17 und 19.

1) Anpassung des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut⁴ an die veränderte Lage;

2) Frage des neuen Stationierungsrechts nach dem 1. Juli 1966.

Zu 1) Ich habe der französischen Delegation ausführlich unsere Vorstellungen über die Punkte dargelegt, in denen eine Anpassung des Zusatzabkommens an die veränderte Lage notwendig ist. Dabei handelt es sich um folgende Themenkreise: Liegenschaften und Beflaggung; Anwendung [des] deutschen Bau- und Wasserrechts; Bewegungen der französischen Streitkräfte im Bundesgebiet; Manöver und Übungen; Konsultation mit der Bundesregierung über wichtige personelle Veränderungen in den Kommandoposten der französischen Streitkräfte; periodische Mitteilung an die Bundesregierung von Stärke und Gliederung der französischen Streitkräfte im Bundesgebiet sowie ihres im Bundesgebiet gelagerten Materials; Grenzübertritt; Standortbereichsregelungen; Ausweisung von Einzelpersonen sowie Durchsuchungsrecht deutscher Behörden bei dringendem Verdacht von Vergehen oder Verbrechen. Anpassungswünsche hinsichtlich des Fernmeldewesens wurden vorbehalten.

Die französische Seite äußerte dazu einleitend, daß ihre Vorstellungen sich lediglich auf „kleinere Anpassungen“ in der Anwendung der bestehenden Vorschriften erstreckten; die deutschen Vorschläge gingen anscheinend weit darüber hinaus und berührten z.T. auch die Substanz einzelner Vertragsbestimmungen. Demgegenüber betonte ich, daß die deutschen Vorschläge eine notwendige Konsequenz der entstandenen Lage seien und daß wir uns bemüht hätten, unsere Vorschläge so maßvoll wie möglich zu halten.

Die Franzosen reagierten einigermaßen positiv zu unseren Vorschlägen zu den Themenkreisen: Liegenschaften und Beflaggung sowie Anwendung [des] deutschen Bau- und Wasserrechts. Im übrigen verhielten sie sich rezeptiv. Ausgesprochen negativ und teilweise gereizt nahmen sie die Vorschläge betreffend Konsultation der Bundesregierung bei personellen Veränderungen in den Kommandostellen der Streitkräfte, die Forderung nach periodischer Mitteilung von Stärke, Gliederung und deponiertem Material sowie nach einem Ausweisungs- und Durchsuchungsrecht zur Kenntnis.

Zu 2) Einleitend habe ich erneut unseren bekannten Standpunkt dargelegt, wonach Frankreich nach der Herauslösung der Streitkräfte aus der NATO-Unterstellung keine Rechte aus dem Aufenthaltsvertrag von 1954 mehr ausüben kann⁵, und auf Abschluß eines neuen zweiseitigen Stationierungsvertrages bestanden. Herr de Beaumarchais zeigte sich ablehnend und verwies auf den französischen Rechtsstandpunkt, wonach die 1954er Abkommen weiterhin eine adäquate Rechtsgrundlage für den Aufenthalt bildeten.⁶ Daraufhin habe ich unter Bezugnahme auf den französischen Vorschlag vom 13. Juni 1966⁷

⁴ Für den Wortlaut des Zusatzabkommens vom 3. August 1959 zum Truppenstatut vgl. BUNDESGESETZBLATT 1961, Teil II, S. 1218–1312.

⁵ Für den Wortlaut des Vertrags vom 23. Oktober 1954 über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland (Aufenthaltsvertrag) vgl. BUNDESGESETZBLATT 1955, Teil II, S. 253–255.

Zur Rechtsauffassung der Bundesregierung vgl. bereits Dok. 131, Anm. 13.

⁶ Zur französischen Rechtsauffassung vgl. Dok. 134.

⁷ Vgl. dazu Dok. 190, Anm. 19.

weisungsgemäß versucht festzustellen, wie nach französischer Vorstellung eine Vereinbarung zu formulieren wäre, die auf der Grundlage der wiederholten französischen Erklärungen getroffen würde, daß Frankreich auch nach dem 1. Juli 1966 nicht die Absicht habe, seine Truppen gegen den Willen der Bundesregierung in Deutschland zu belassen. Ich hob hervor, daß eine einseitige Erklärung uns in keinem Falle genüge. Nach unserer Auffassung müsse es sich auf jeden Fall eindeutig um eine völkerrechtlich bindende Vereinbarung handeln. Eine solche Vereinbarung müßte sich außerdem nicht nur auf Art. 4 Abs. 2 des Deutschlandvertrages⁸, sondern auch auf den Aufenthaltsvertrag beziehen. Auch in diesem Zusammenhang legte ich dar, daß wir nach wie vor den Abschluß eines neuen zweiseitigen Aufenthaltsvertrages für richtig hielten. Meine Bemerkungen zu dem französischen Vorschlag einer einseitigen Erklärung hätten lediglich exploratorischen Charakter.

Die französische Delegation nahm meine Bemerkungen im wesentlichen rezeptiv auf und beschränkte sich darauf, eine nähere Prüfung in Aussicht zu stellen. Dennoch gewann die deutsche Delegation den Eindruck, daß die französische Seite die Möglichkeit einer bilateralen Interpretationsvereinbarung unter Einschluß des Aufenthaltsvertrages nicht ausschließt.

II. Ich habe mit Herrn de Beaumarchais vereinbart, die Verhandlungen am 3. August in Bonn fortzusetzen. Danach werden die Verhandlungen wegen einer Dienstreise und des Urlaubs von Herrn von Beaumarchais bis Mitte September ausgesetzt werden. Am 3. August werden die Delegationen prüfen, ob zur Vorbereitung der Septembersitzung bestimmte Sachfragen durch Sachverständigengruppen behandelt werden können.⁹

III. In seiner Schlußbemerkung wiederholte Herr de Beaumarchais, daß die deutschen Vorschläge zur Rechtsstellung der französischen Streitkräfte in Deutschland weit über die französischen Vorstellungen hinausgingen. Ich habe dem entgegengehalten, daß durch die Herauslösung der französischen Streitkräfte aus der NATO-Unterstellung stärkere Kontakte zwischen deutschen Stellen und den französischen Streitkräften erforderlich würden. Wir wollten unter keinen Umständen die französischen Streitkräfte in der Erfüllung ihres militärischen Auftrags im Rahmen der Verteidigung der freien Welt behindern. Herr de Beaumarchais zeigte sich hiervon wenig beeindruckt und gab zu verstehen, daß möglicherweise vor unserer nächsten Besprechung diese Fragen auf höherer Ebene angesprochen werden könnten. Dies mußte als ein Hinweis auf den bevorstehenden Besuch von Präsident de Gaulle in Bonn¹⁰ verstanden werden.

Abteilung V wird unter Beteiligung von Abteilung II hierzu eine Gesprächsskizze für den Herrn Bundeskanzler vorlegen.¹¹

8 Für den Wortlaut vgl. Dok. 100, Anm. 23 (Auszug).

9 Vgl. dazu Dok. 244, Anm. 3.

10 Zu den Gesprächen des Staatspräsidenten de Gaulle und des französischen Außenministers Couve de Murville am 21. Juli 1966 in Bonn vgl. Dok. 228–230.

11 Vgl. die Aufzeichnungen des Legationsrats Kunzmann und des Referats II A 7 vom 18. Juli 1966; VS-Bd. 2478 (I A 1); B 150, Aktenkopien 1966, bzw. VS-Bd. 2045 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1966.

Vgl. ferner die Aufzeichnung des Staatssekretärs Carstens vom 19. Juli 1966; VS-Bd. 419 (Büro Staatssekretär); B 150, Aktenkopien 1966.

IV. Ich schlage vor, daß unsere NATO-Vertretung und die Botschaften Paris, London und Washington von dem heutigen Besprechungsverlauf unterrichtet werden. Desgleichen sollte Abteilung II die hiesige amerikanische und britische Botschaft informieren.¹²

Hiermit über den Herrn Staatssekretär dem Herrn Bundesminister¹³ vorgelegt.

Meyer-Lindenberg¹⁴

VS-Bd. 8524 (Ministerbüro)

225

**Staatssekretär Carstens, z.Z. Rio de Janeiro,
an das Auswärtige Amt**

**Z B 6-1/10901/66 VS-vertraulich
Fernschreiben Nr. 240
Citissime**

**Aufgabe: 16. Juli 1966, 21.45 Uhr
Ankunft: 17. Juli 1966, 04.48 Uhr**

1) Höhepunkt meiner Gespräche auf Südamerikareise¹ bildete gestriges Gespräch mit brasilianischem Staatspräsidenten Castelo Branco. Präsident wirkt eher wie ein Gelehrter als wie ein General. Doch wird sein eiserner Wille allgemein gerühmt. Er sprach mit großer Wärme von dem Besuch des Herrn Bundespräsidenten 1964², der für die damals ganz junge brasilianische Regierung³ von hohem Wert gewesen sei. Weitere deutsche Besucher, die der Präsident freundlich erwähnte, waren Bundesminister Schmücker⁴, Bürgermeister Engelhard, Hamburg⁵, und Herr Abs⁶.

12 Die amerikanische und die britische Botschaft wurden am 18. Juli 1966 über die deutsch-französischen Verhandlungen vom 15. Juli 1966 unterrichtet. Vgl. dazu den Drahterlaß Nr. 2873 des Staatssekretärs Carstens vom 19. Juli 1966; VS-Bd. 2045 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1966. Vgl. weiter Dok. 230.

13 Hat Bundesminister Schröder vorgelegen.

14 Paraphe vom 15. Juli 1966.

1 Zum Besuch des Staatssekretärs Carstens vom 10. bis 17. Juli 1966 in Südamerika vgl. Dok. 221, Anm. 4. Zum Aufenthalt vom 14. bis 17. Juli 1966 in Brasilien vgl. auch den Schriftbericht des Botschafters von Holleben, Rio de Janeiro, vom 21. Juli 1966; Referat I B 2, Bd. 4.

2 Bundespräsident Lübke besuchte vom 7. bis 14. Mai 1964 Brasilien. Für das Kommuniqué vgl. BULLETIN 1964, S. 713f.

3 Am 2. April 1964 wurde Präsident Goulart wegen radikaler Reformpläne von einzelnen Gouverneuren und hohen Offizieren gestürzt. General Branco wurde daraufhin am 11. April 1964 vom brasilianischen Parlament zum neuen Präsidenten gewählt. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1964, Z 93.

4 Bundesminister Schmücker besuchte vom 9. bis 17. Juni 1966 Brasilien. Vgl. dazu BULLETIN 1966, S. 581.

5 Der Zweite Bürgermeister von Hamburg besuchte im November 1965 Brasilien. Vgl. dazu den Schriftbericht des Generalkonsuls Weiz, São Paulo, vom 23. November 1965; Referat III B 4, Bd. 138.

6 Der Vorstandssprecher der Deutschen Bank AG hielt sich vom 22. bis 30. August 1965 in Brasilien auf. Vgl. dazu den Schriftbericht des Legationsrats I. Klasse Schödel, Rio de Janeiro, vom 2. September 1965; Referat III B 4, Bd. 134.

Auf eine entsprechende Frage erläuterte ich dem Präsidenten die Haltung der Zonenbevölkerung gegenüber Regime und kommunistischer Doktrin. Ich führte aus, daß Kommunismus eine viel zu primitive und offensichtlich falsche Theorie sei, so daß die geistig aufgeweckte Bevölkerung der Zone ihm durchweg ablehnend gegenüberstehe. Versuche, die Doktrin den modernen naturwissenschaftlichen und philosophischen Erkenntnissen anzupassen (Havemann⁷), würden von dem Regime unterdrückt, das fürchte, daß dadurch das ganze System ins Rutschen komme.

Präsident hörte mit großem Interesse zu und erklärte, man müsse in der Tat die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus als eine geistige Auseinandersetzung sehen. In der Beurteilung der kommunistischen Kräfte als einer fort dauernden aktuellen Gefahr für die freie Welt stimmten Präsident und ich voll überein. Präsident bezeichnete deutsch-französische Zusammenarbeit in Europa als besonders wichtig. Ich antwortete, daß beide Völker Freunde geworden seien, daß wir bei der Errichtung eines wirtschaftlich geeinten Europa eng zusammenarbeiteten, daß de Gaulle sich in Moskau für die Wiedervereinigung Deutschlands ausgesprochen habe.⁸ Doch bestehet ein Unterschied in der Beurteilung der kommunistischen Gefahr. De Gaulle sehe sie geringer an als wir: daraus resultiere eine unterschiedliche Haltung gegenüber der NATO. Wir sähen die Integration der europäischen und amerikanischen Streitkräfte innerhalb eines einheitlichen Verteidigungssystems als entscheidendes Element unserer Sicherheit an. De Gaulle glaube, auf die Integration verzichten zu können.

Präsident hörte mir aufmerksam zu, doch war deutlich, daß ihm diese Problematik ferner stand als die unmittelbare Auseinandersetzung mit dem Kommunismus.

Präsident schloß das Gespräch mit einigen sehr freundlichen Bemerkungen an meine Adresse und mit der Versicherung, daß Brasilien ein Freund Deutschlands sei und das Verlangen der Deutschen nach Wiedervereinigung unterstütze.

2) Mit Außenminister Magalhaes erörterte ich die Deutschlandfrage. Minister, der einen sehr freundlichen und wohlmeinenden Eindruck auf mich machte, versicherte mich nicht nur brasilianischer Sympathie, sondern aktiver Teilnahme an unserem Hauptanliegen, der Wiedervereinigung Deutschlands. Er schnitt von sich aus die Frage der brasilianischen Kakaoexporte nach Deutschland an, die stark rückläufig sind. Ich sicherte Prüfung zu.⁹

3) Zwei weitere vorzüglich organisierte Gespräche führte ich mit dem Generalsekretär des Außenministeriums, Pio Corrêa, und den vier wichtigsten Abtei-

7 Vgl. dazu Dok. 9, Anm. 8.

8 Vgl. dazu Dok. 204, besonders Anm. 13.

9 Dazu stellte Ministerialdirektor Harkort am 29. Juli 1966 fest: „Die brasilianischen Kakaoexporte in die Bundesrepublik Deutschland sind tatsächlich seit 1962 stark rückläufig. Sie fielen von 11900 t im Jahre 1962 auf 2500 t im Jahre 1964 und halten sich seither bei etwa 3200 t jährlich. Der Grund hierfür liegt nach der Aussage des Handels darin, daß die Brasilianer seit einigen Jahren schlechtere Qualitäten als die afrikanischen Länder anbieten. [...] Eine Einflußnahme seitens der deutschen Regierung auf die Kakaoeinfuhr ist ausgeschlossen, da der Kakaohandel in Deutschland voll liberalisiert ist.“ Vgl. Referat III B 4, Bd. 134.

lungsleitern.¹⁰ Corrêa, früher Geschäftsträger in Bonn¹¹, ist ein hervorragend begabter, tatkräftiger, mit äußerster Konzentration arbeitender Diplomat, nach meiner Kenntnis eine der Spaltenfiguren im diplomatischen Dienst aller Länder.

Wir erörterten eine große Zahl von Fragen: Wiedervereinigung Deutschland, Barzel-Rede¹², Nichtanerkennungspolitik gegenüber der SBZ, deutsch-französisches Verhältnis, de Gaulles Moskaureise¹³, NATO, EWG-Großbritannien¹⁴, EWG-Kennedy-Runde¹⁵, brasilianischer Kakaoexport nach Deutschland, Abrüstung, NV-Abkommen¹⁶, MLF, GNS, denukleariserte Zonen¹⁷ u.a.

Ich hatte keine Mühe, meinen Gesprächspartnern, die mit den einzelnen Fragenkomplexen bestens vertraut waren, unseren Standpunkt verständlich zu machen. Nur als ich darlegte, warum wir an dem Projekt einer gemeinsamen nuklearen Streitmacht festhielten, stieß ich auf eine spürbare Zurückhaltung.

4) Aus meinen Gesprächen und Eindrücken ziehe ich folgende Folgerungen:

- a) Wir sollten mit Brasilien enger als bisher auch politisch zusammenarbeiten. Die Regierung ist über alle großen internationalen Probleme genauestens informiert und spielt international (UNO und in der OAS) eine bedeutende Rolle. Die völlig übereinstimmende Beurteilung des Kommunismus bildet eine gute Grundlage für eine solche Zusammenarbeit.
- b) Unser konsequentes Eintreten für eine liberale Außenhandelspolitik der EWG und für das Gelingen der Kennedy-Runde ist eine wichtige Voraussetzung für das hohe Ansehen und Vertrauen, welches wir hier genießen. Wir sollten unbedingt daran festhalten.

[gez.] Carstens

VS-Bd. 2535 (I B 2)

¹⁰ Zu den Gesprächen vom 14/15. Juli 1966 mit den Botschaftern Corrêa, Grieco und Corrêa da Costa sowie den Gesandten Meira Penna und Moura vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Meyer-Lohse vom 16. Juli 1966; Referat I B 2, Bd. 445.

¹¹ Manoel Pio Corrêa war von 1953 bis 1957 Botschaftsrat an der brasilianischen Botschaft in Bonn.

¹² Zur Rede des Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion vom 17. Juni 1966 vgl. Dok. 198.

¹³ Zum Besuch des Staatspräsidenten de Gaulle vom 20. Juni bis 1. Juli 1966 in der UdSSR vgl. Dok. 204.

¹⁴ Vgl. dazu zuletzt Dok. 164 und weiter Dok. 322.

¹⁵ Zum Stand der Diskussion im EWG-Ministerrat über die Fortsetzung der Verhandlungen in der Kennedy-Runde vgl. zuletzt Dok. 220, Anm. 10. Vgl. weiter Dok. 235.

¹⁶ Vgl. dazu zuletzt Dok. 220.

¹⁷ Vgl. dazu Dok. 177, Anm. 8.

Drahterlaß des Ministerialdirektors Werz (Entwurf)**II A 1-SL 94.22/17/66 streng geheim****18. Juli 1966¹**Betr.: Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rumänien²

I. 1) Die Bundesregierung träßt sich mit dem Gedanken, mit Rumänien diplomatische Missionen auszutauschen. Sie werden daher gebeten, mit dem dortigen Außenministerium sofort Fühlung zu nehmen und dieses über Hintergründe und Motive des von uns beabsichtigten Schrittes zu unterrichten. Dabei sollte folgendes ausgeführt werden:

a) Die Bundesregierung wünsche mit diesem Schritt einen konstruktiven Beitrag zur internationalen Entspannung zu leisten. Das ungeklärte Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu den osteuropäischen Ländern habe in der Vergangenheit dazu beigetragen, daß sich Mißverständnisse über die politischen Ziele der Bundesrepublik Deutschland ergeben hätten. Die Errichtung von Handelsvertretungen in einzelnen osteuropäischen Ländern³ sei ein erster Vorstoß⁴ zur Beseitigung solcher Mißverständnisse gewesen. Nachdem in der Zwischenzeit bessere Kontakte auf dem Handels- und auf kulturellem Gebiet hergestellt seien, erscheine es nun zweckmäßig, bessere Voraussetzungen für die Führung der von uns als notwendig erachteten politischen Gespräche zu schaffen. Diese setzten den Austausch diplomatischer Vertretungen voraus. Wir machten den Anfang mit Rumänien, weil die psychologischen und politischen Voraussetzungen in diesem Fall die günstigsten seien. Andere osteuropäische Länder⁵ würden, nach Vorlagen von Erfahrungen evtl. folgen. Wir suchen so, unter den europäischen Völkern jenes größere Verständnis herbeizuführen, das eine der entscheidenden Voraussetzungen für eine Entspannung und für die Sicherung eines dauerhaften Friedens in Zentraleuropa sei.⁶

b) Der Schritt der Bundesregierung sei nicht als Abkehr von der Politik des

1 Entwurf für einen Drahterlaß an die Botschaften in Washington, London und Paris.

Der Entwurf ging auf eine Weisung des Staatssekretärs Carstens vom 15. Juni 1966 zurück. Darin bat Carstens für den Fall der Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Rumänien zusätzlich um einen Erlaß an die Vertretung bei der NATO in Paris sowie einen Runderlaß an alle Auslandsvertretungen. Dazu erklärte er, diesem Erlassen komme „eine besonders große Bedeutung zu. Ich betone ausdrücklich, daß eine Entscheidung in der Angelegenheit nicht gefallen ist. Die erbetenen Entwürfe sollen nur eventualiter vorbereitet werden.“ Für die Weisung von Carstens sowie für die Entwürfe von Werz vom 18. Juli 1966 vgl. VS-Bd. 3595 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1966.

Hat Carstens vorgelegen, der am 25. Juli 1966 die Weiterleitung an Ministerialdirektor Thierfelder und am 10. August 1966 an Bundesminister Schröder verfügte.

Hat Schröder am 12. August 1966 vorgelegen, der handschriftlich für Carstens vermerkte: „Es ist wohl besser, mehr die Prüfung des Schrittes als die beschlossene Absicht herauszustellen.“

2 Zum Verhältnis zu Rumänien vgl. zuletzt Dok. 153.

3 Zur Errichtung von Handelsvertretungen in Ostblock-Staaten in den Jahren 1963/64 vgl. Dok. 21, Anm. 27.

4 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen. Dafür fügte er ein: „Schritt“.

5 Zur Frage einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Ungarn vgl. zuletzt Dok. 219.

6 Der Passus „Andere osteuropäische Länder ... Zentraleuropa sei“ wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen. Dafür fügte er ein: „Wann andere osteuropäische Länder folgen würden, sei zur Zeit noch offen.“

Alleinvertretungsrechts anzusehen. Die Bundesregierung beabsichtige, bei Abschluß der in Aussicht genommenen Verhandlungen mit der rumänischen Regierung festzustellen⁷:

„Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der rumänischen Regierung bedeutet keine Änderung des Rechtsstandpunktes der Bundesregierung in bezug auf ihre Befugnis zur Vertretung des deutschen Volkes in internationalen Angelegenheiten und in bezug auf die politischen Verhältnisse in denjenigen deutschen Gebieten, die außerhalb ihrer effektiven Hoheitsgewalt liegen.“⁸

c) Die Bundesregierung werde sich daher⁹ auch in Zukunft ihre Schritte vorbehalten, falls dritte Länder ihrerseits Beziehungen zu Pankow aufzunehmen.¹⁰ Sie werde sich dabei insbesondere darauf beziehen, daß ihre Politik der Verbesserung der Beziehungen Deutschlands¹¹ zu den osteuropäischen Ländern in erster Linie auch jenen Tendenzen entgegenzuwirken suche, die auf eine Verewigung der Spaltung Deutschlands abzielten. Insofern diene die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Rumänien dem Ziel, die Wiedervereinigung Deutschlands zu erleichtern. Es sei unter diesen Umständen nur folgerichtig, daß dritte Länder, die nicht unmittelbar an der Deutschlandfrage interessiert seien, ihrerseits nichts unternehmen sollten, um¹² – etwa durch die Herstellung diplomatischer Beziehungen zur SBZ oder durch völkerrechtliche Anerkennung¹³ Pankows – diese Wiedervereinigungsbemühungen in Frage zu stellen¹⁴. Im übrigen dürfe bei dieser Frage nicht übersehen werden, daß die osteuropäischen Länder – sollten sich andere dritte Staaten auf ihr Beispiel beziehen¹⁵ – ihrerseits auf Verlangen der im osteuropäischen Bereich übermächtigen Sowjetunion Beziehungen zu Pankow pflegten. Ihre Ausgangslage unterscheide sich daher grundlegend von der anderer dritter Staaten.

d) Die Bundesregierung vertraue fest darauf, daß ihre Verbündeten, insbesondere die drei Mächte, die sich ebenfalls um eine Verbesserung der Kontakte zu den osteuropäischen Ländern bemühten, für die Motive volles¹⁶ Verständnis hätten, die dem beabsichtigten Schritt der Bundesregierung zugrunde lägen. Sie nehme an, daß der Schritt daher die Zustimmung der Verbündeten finde. Sie würde es begrüßen, wenn diese, schon um Fehlinterpretationen in der übrigen Welt zu vermeiden, ihrerseits zum Ausdruck brächten, daß sie diesen Schritt auch im Interesse der Schaffung von besseren Vorbedingungen für eine

7 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen. Dafür fügte er ein: „zu erklären“.

8 Dieser Absatz wurde von Staatssekretär Carstens hervorgehoben. Dazu handschriftliche Bemerkung: „Oder ev[entuell] andere Formulierung. (Ganz Deutschland?)“

9 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen.

10 Vgl. dazu Dok. 219, Anm. 4.

11 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen.

12 Der Passus „daß dritte Länder ... sollten, um“ wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen. Dafür fügte er ein: „wenn die Bundesregierung an dritte Länder appellieren werde, ihrerseits nichts zu unternehmen, was“.

13 An dieser Stelle wurde von Staatssekretär Carstens eingefügt: „oder Aufwertung“.

14 Die Wörter „zu stellen“ wurden von Staatssekretär Carstens gestrichen. Dafür fügte er ein: „stellen würde“.

15 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen. Dafür fügte er ein: „berufen“.

16 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen.

Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts unterstützten und daß ihre Haltung in der Frage des Alleinvertretungsrechts der Bundesrepublik Deutschland unverändert sei.

II. Zur dortigen Unterrichtung:

1) Die Entscheidung, diplomatische Beziehungen zu Rumänien aufzunehmen, ist von weittragender politischer Bedeutung. Wir gewinnen einerseits größere Bewegungsfreiheit gegenüber den osteuropäischen Ländern. Dies dürfte unseren Wiedervereinigungsbemühungen nur¹⁷ zugute kommen. Auf der anderen Seite steht außer Frage, daß¹⁸ es es in Zukunft¹⁹ schwerer fallen wird, dritte Länder von einem Ausbau ihrer Beziehungen zu Pankow abzuhalten. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Rumänien legt daher gleichzeitig eine überlegte Anwendung der Prinzipien unserer Alleinvertretungspolitik nahe. Im Grundsatz werden wir uns weiterhin Repressalien²⁰ gegen solche Staaten vorzubehalten haben, die ihrerseits diplomatische Beziehungen zu Pankow aufzunehmen. Wir werden unsere Alleinvertretungspolitik fortführen, freilich²¹ mit solchen Mitteln, die der jeweiligen Lage angepaßt sind.

2) Bei Abwägung der Vor- und Nachteile unseres Schrittes ergibt sich, daß in der gegenwärtig in Fluß geratenen Lage die Vorteile überwiegen:

- Wir vermitteln den Eindruck des Selbstvertrauens²²;
- wir schaffen bessere Voraussetzungen für eine aktive Deutschlandpolitik gegenüber dem Ostblock;
- wir erringen größere politische Bewegungsfreiheit, die uns bei der Gestaltung unserer Beziehungen zu Freunden und Gegnern zugute kommen kann;
- wir setzen jener Selbstbeschränkung unserer politischen Möglichkeiten ein Ende, die wir uns bisher bei der Pflege der Beziehungen zu osteuropäischen Ländern auferlegt hatten, und tragen damit der Tatsache Rechnung, daß die geordneten Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten für unsere Deutschlandpolitik von gleicher Bedeutung sein können wie die Durchsetzung unseres Standpunktes in der Alleinvertretungsfrage gegenüber der nichtgebundenen Welt.²³

III. Bericht erbeten.²⁴

VS-Bd. 3595 (II A 1/L 3)

17 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen.

18 Die Wörter „steht außer Frage, daß“ wurden von Staatssekretär Carstens gestrichen. Dafür fügte er ein: „wird“.

19 An dieser Stelle fügte Staatssekretär Carstens handschriftlich ein: „in einigen Fällen“.

20 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen. Dafür fügte er ein: „Gegenmaßnahmen“.

21 Dieses Wort wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen. Dafür fügte er ein: „und zwar“.

22 Dieser Satz wurde von Bundesminister Schröder gestrichen. Dafür fügte er ein: „Wir bringen unser Selbstvertrauen zum Ausdruck.“

23 Der Passus „gleicher Bedeutung ... der nichtgebundenen Welt“ wurde von Staatssekretär Carstens gestrichen. Dafür fügte er ein: „großer Bedeutung sind“.

24 Am 19. August 1966 legte Vortragender Legationsrat I. Klasse Oncken eine überarbeitete Fassung des Entwurfs vor. Dazu hielt Staatssekretär Carstens am 22. August 1966 handschriftlich für Bundesminister Schröder fest: „M[eines] E[rachtens] ist auch die Absendung des neu entworfenen Erlasses noch verfrüht. Vorschlag W[ieder]v[orlage] 21.9.1966.“ Vgl. VS-Bd. 3595 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1966.

Vgl. weiter Dok. 289.

227

Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Präsident Bourguiba

ZA 5-70.A/66 geheim

19. Juli 1966¹

Der Herr Bundeskanzler empfing am 19. Juli 1966 um 12 Uhr den tunesischen Staatspräsidenten Herrn Habib Bourguiba zu einem Gespräch.²

Anwesend waren: von deutscher Seite Herr Staatssekretär Carstens, Herr MD Meyer-Lindenberg, Herr Botschafter von Tannstein; von tunesischer Seite der tunesische Außenminister, der Minister für Plan- und Finanzfragen sowie der tunesische Botschafter in Bonn.³

Der Herr *Bundeskanzler* führte zunächst aus, es sei ihm eine besondere Freude, den Herrn Staatspräsidenten zu begrüßen. Er bitte, darin keine diplomatische Floskel zu erblicken, handle es sich doch in der Person des Staatspräsidenten um einen Staatsmann, der zahlreiche Beweise seiner freundschaftlichen Einstellung dem deutschen Volke gegenüber erbracht habe, wofür er aufrichtigen Dank sage.

Was die Beziehungen zwischen beiden Ländern anbelange, so bestünden zur Zeit ausgezeichnete Grundlagen für eine enge Zusammenarbeit. Der Herr Bundeskanzler bewundere aufrichtig die Aufbauleistungen, die Tunesien erbracht habe. Die Erfahrungen, die der Herr Staatspräsident dabei sammeln konnte, kämen wohl denen gleich, die er selbst beim Wiederaufbau der Bundesrepublik Deutschland nach den Zerstörungen des Krieges machen mußte. Er verfolge weiterhin mit viel Interesse die Fortschritte, die Tunesien erziele.

In Deutschland habe er nun mittlerweile die Erfahrung gemacht, daß es genauso schwierig sei, im Wohlstand als in Elend und Armut zu leben. Vielleicht müsse der Herr Staatspräsident, nachdem es ihm gelungen sei, sein großes nationales Ziel einer allgemeinen Hebung des Wohlstandes der Bevölkerung zu erreichen, einmal ähnliche Erfahrungen sammeln.

Er lasse dem Herrn Staatspräsidenten in der Auswahl der Themen, die dieser zu behandeln wünsche, völlig freie Hand, bedaure allerdings, daß wohl zu wenig Zeit zur Verfügung stünde, um alle Fragen zu vertiefen.

Staatspräsident *Bourguiba* dankte zunächst für die freundlichen Worte und legte dar, auch er habe aufmerksam das Experiment des deutschen Wiederaufbaues verfolgt, das unter der tatkräftigen Leitung des Herrn Bundeskanzlers und dessen Vorgängers, Bundeskanzler Adenauer, gelungen sei. Für Tunesien stelle dieser Wiederaufbau ein ermutigendes Beispiel dar, wie die Bundesrepublik Deutschland ganz allgemein, mit ihrem hohen Wohlstand, ihrem Sinn für Entwicklung und Fortschritt, ein leuchtendes Beispiel für Tunesien darstelle.

¹ Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscher Merten am 27. Juli 1966 gefertigt.

² Der tunesische Präsident hielt sich vom 18. bis 22. Juli 1966 in der Bundesrepublik auf. Für das Communiqué vgl. BULLETIN 1966, S. 761.

³ Habib Bourguiba Jr., Ahmed Ben Salah und Abdesselam Ben Ayed.

Die Sympathie der Tunesier für Deutschland sei sehr alt. Man habe sich allerdings immer bemüht, in die Lage anderer Völker sich einzudenken. Daher habe man auch Verständnis dafür, daß das Wieder-tätig-Werden Deutschlands zunächst innerhalb gewisser Grenzen vor sich gehen mußte. Man habe verstanden, daß während der Phase der Entkolonialisierung Deutschland nicht allzu sichtbar wirken konnte. Nach Erreichen der Unabhängigkeit seien die tunesisch-französischen Beziehungen zunächst nicht leicht gewesen⁴, entwickelten sich jetzt aber sehr harmonisch. Man habe nie versucht, Deutschland in dieser Frage in eine schwierige Lage zu bringen. Nunmehr, da die tunesisch-französischen Beziehungen gut seien und wohl noch besser werden könnten, stelle man auch mit Freude fest, daß zwischen Deutschland und Frankreich gute Beziehungen herrschen. Man erblicke darin ein Unterpfand des Friedens in der Welt.

Besonderes Verständnis bringe man dem Problem der deutschen Wiedervereinigung entgegen. Tunesien habe dieses Verständnis oft zum Ausdruck gebracht. Trotz massiver Schritte, die erst kürzlich bei ihm unternommen wurden, sei er gewillt, nach Berlin zu gehen.⁵ Keine Krankheit könne ihn daran hindern, auch kein plötzlich auftretender Schnupfen. Er gehe nach Berlin, weil Berlin zu Deutschland gehöre; Zweck seiner Reise sei es schließlich, Deutschland zu sehen.

Der Herr *Bundeskanzler* entgegnete, er kenne und würdige die Haltung, die Tunesien gegenüber diesem deutschen Problem immer eingenommen habe. Er sei dankbar für dieses Verständnis, ebenso für die Haltung Tunesiens bei den kürzlich aufgetretenen Spannungen zwischen Deutschland und den arabischen Staaten.⁶ Er versichere dem Herrn Staatspräsidenten, daß Deutschland den Weg Tunesiens zur Unabhängigkeit mit viel Sympathie verfolgt habe. Sein besonderer Dank gelte der Absicht des Herrn Staatspräsidenten, nach Berlin zu gehen, werde doch damit ein Zeugnis vor aller Welt abgelegt.

Was die deutsch-französischen Beziehungen anbelange, so seien sie in letzter Zeit nicht ganz frei von Spannungen gewesen.⁷ Deutscherseits wolle man ein Europa, in dem alle Staaten sich gleichermaßen zur Übernahme gleicher Rechte und Pflichten engagierten. Man wolle keine Hegemonie, insbesondere keine deutsche Hegemonie. Das deutsche Volk wolle im Verfolg seiner nationalen Ziele nur friedliche Mittel einsetzen. Es könne gesagt werden, daß die Worte „Friede, Freiheit, Sicherheit“ geradezu Grundsätze der deutschen Politik seien. Man fühle auch die Verpflichtung, weniger fortgeschrittenen Ländern zu helfen. Schließlich habe man noch nicht die Hilfe vergessen, welche andere Völker, insbesondere durch den Marshall-Plan⁸, dem deutschen Volk einmal gelei-

4 Vgl. dazu Dok. 87, Anm. 18.

5 Präsident Bourguiba besuchte am 20./21. Juli 1966 Berlin (West). Vgl. dazu den Artikel „Bourguiba in Berlin“; FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 166 vom 21. Juli 1966, S. 1.

6 Zur Nahost-Krise 1965 vgl. Dok. 21, Anm. 18.

Tunesien brach neben Marokko und Libyen im Gegensatz zur Mehrzahl der arabischen Staaten die diplomatischen Beziehungen zur Bundesrepublik während der Nahost-Krise nicht ab. Vgl. dazu auch AAPD 1965, II, Dok. 207.

7 Vgl. dazu zuletzt Dok. 224 und weiter Dok. 228–230.

8 Das nach dem amerikanischen Außenminister Marshall benannte European Recovery Program (ERP) diente in den Jahren 1948 bis 1952 dem Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft. Bis

stet hätten. Aus der Erinnerung daran erwachse die Verpflichtung für die Deutschen, weiterhin anderen Völkern zu helfen. Er selbst empfinde allerdings ein gewisses Unbehagen in dem Gedanken, daß das Sattsein der Massen zur Zeit die Gewissen seiner Landsleute ein wenig einschläfere. Man müsse die Deutschen von neuem an ihre Aufgaben erinnern.

Staatspräsident *Bourguiba* entgegnete, der Herr Bundeskanzler habe gerade an seine Haltung vor 1 1/2 Jahren erinnert, hinsichtlich der Stellung, die ein Teil der arabischen Staaten damals eingenommen habe. Er halte diesen ganzen Zwischenfall für eine Folge des Kalten Krieges, einen Versuch Moskaus und des internationalen Kommunismus, seine Hegemonie auszudehnen. Leider wolle es die derzeitige Lage in der Welt, daß die Menschheit in zwei Blöcke aufgeteilt sei. Nun sei die dem kommunistischen Block innewohnende „Mystik“ bekannt. Der Kommunismus wolle den ganzen Erdball für sich erobern. Da dies mit Waffengewalt, also durch den Einsatz der Roten Armee, nicht mehr möglich sei, versuche man, den kommunistischen Einfluß in der sogenannten „dritten Welt“, also bei den Ländern zu vergrößern, die nur durch Kampf zur Freiheit und Unabhängigkeit gelangen konnten. Die ehemaligen Kolonialmächte, ob es sich dabei um England, Frankreich oder Holland handle, seien nun einmal alle im westlichen Lager. Bei Abstimmungen in der UNO hätten zudem die USA sich immer verpflichtet gefühlt, diese ehemaligen Kolonialmächte und Verbündeten der USA zu unterstützen, obwohl bekannt sei, daß die USA nicht nur Befürworter einer Entkolonialisierung waren, sondern in dieser Hinsicht auch Druck auf die Kolonialmächte ausübten. Bei den unabhängigen gewordenen Ländern habe dies alles Rache- und Haßkomplexe gegenüber den alten „Mutterländern“ geschaffen. Hier nun versuche der internationale Kommunismus sich einzuschalten und diese Länder, mit scheinbarem Erfolg, davon zu überzeugen, daß der gesamte Westen einschließlich der USA für die Folgen der Kolonialisierung verantwortlich sei. Zwar gebe es in dieser „dritten Welt“ auch Länder, die frei von Haß- und Rachegefühlen gegenüber dem Westen seien; der Kommunismus versuche jedoch mit allen Mitteln, durch die gesteuerte Tätigkeit der kommunistischen Parteien im Innern dieser Länder als auch von außen den Haß gegen „Kolonialismus“, „Neokolonialismus“, „Imperialismus“ usw. zu schüren. Die UdSSR werde dabei als hilfreiches, selbstloses Land dargestellt. Hier liege das Problem: Friede könne nur durch ausgewogene Verhältnisse herbeigeführt werden. Die UdSSR versuche aber, diese Länder in ihr Lager zu locken. Es sei ein Kampf um den größeren Einfluß in diesen Gebieten der Welt.

Nun benötigten diese Länder aber die Hilfe der industriell entwickelten Länder. Wenn diese Hilfe ohne kolonialen Beigeschmack gewährt werde, dann sei es für diese „dritte Welt“ leichter, sich zu behaupten.

In Tunesien habe man trotz des Kampfes gegen Frankreich sich immer für den Westen entschieden, auch zur Zeit der Kämpfe um Biserta. Zwar habe man alles versucht, Tunesien aus dem westlichen Lager zu entfernen, er aber habe immer behauptet, daß die geographische Lage, die Geschichte und die Lebensweise Tunesiens dieses Land für immer an den Westen binde. Demgegenüber

Fortsetzung Fußnote von Seite 939

zum Auslaufen der Hilfe flossen ca. 13 Mrd. Dollar nach West-Europa. Davon entfielen auf die Bundesrepublik ca. 1,7 Mrd. Dollar.

sei es aber von Bedeutung, daß eine ganze Reihe neu unabhängig gewordener Länder weiterhin den Schlagworten des „Antikolonialismus“, der „Revolution“ usw. verfallen seien. Für Tunesien sei es enttäuschend, daß diese antiwestlich eingestellten Länder natürlich die Hilfe der UdSSR in Anspruch nehmen, weil diese sich dort festsetzen wolle, aber auch vom Westen Hilfe bekämen. Damit sehe sich Tunesien wie auch alle anderen westlich eingestellten Länder in eine schwierige Lage versetzt.

Er wolle es auf folgende Formel bringen: Niemand könne daran gehindert werden, gegenüber seinen Feinden Barmherzigkeit zu üben. Man dürfe aber deshalb die eigenen Freunde nicht bestrafen, weil man sonst eines Tages ohne Freunde da stehe. Er habe dies auch schon gegenüber amerikanischen Politikern zum Ausdruck gebracht. Man solle sich doch einmal die Lage jener sogenannten „Revolutionäre“ vom Schlagé Sukarno, Nkrumah, Ben Bella und wie diese armen Teufel alle hießen, vor Augen halten. Sie seien vor lauter revolutionärem Geschrei nie in der Lage gewesen, ihre eigenen internen Probleme zu lösen. Wolle man diese Männer jetzt wirklich vor der Enttäuschung und der Wut ihrer eigenen Völker dadurch schützen, daß man ihnen weiterhin von Seiten des Westens Hilfe gewähre?

Auch die Haltung eines Teils der arabischen Staaten gegenüber Deutschland sei für ihn ein Ausfluß des Kalten Krieges. Er sei davon überzeugt, daß Herr Nasser nichts gegen Deutschland habe.⁹ Nasser sei jedoch auf das Spiel des Kommunismus eingegangen, habe sogar Verbindungen zur sowjetisch besetzten Zone Deutschlands angeknüpft.¹⁰ Wenn man in diesem Spiel aber mitspielen wolle, gehöre es zum guten Ton, auf Deutschland zu schimpfen. Man müsse den Russen gewisse Garantien geben. Gleichzeitig denke man aber nicht daran, auf westliche, auch nicht auf deutsche Hilfe zu verzichten. Er wolle eine solche Schaukelpolitik nicht mitmachen. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Israel und Deutschland sei für die arabischen Staaten nur ein Vorwand gewesen. Schließlich hätten Männer wie Tito, Nkrumah und andere dies schon vorher getan. Auch den Amerikanern gegenüber habe man daraus nie einen Vorwurf gemacht. Alle diese genannten Länder lebten jedoch in einem gefährlichen Mythos, der mit der Realität der Dinge nichts gemein habe. Trotz russischer und westlicher Hilfe sei es ihnen nie gelungen, ihre internen Probleme zu lösen.

In Tunesien habe man ernsthaft gearbeitet und unbestreitbare Fortschritte erzielt. Das tunesische Beispiel sei geeignet, zögernde afrikanische Staaten auf die rechte Seite zu ziehen. Bei einer Reise nach Zentralafrika¹¹ habe er festgestellt, daß der Einfluß Nassers in diesen Ländern gleich Null sei. Im übrigen dränge sich die Feststellung auf, daß die arabischen Staaten, welche die Beziehungen zur Bundesrepublik abgebrochen haben, alle untereinander verfeindet und im Kriege befindlich sind.

⁹ Zum Stand der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der VAR vgl. zuletzt Dok. 214.

¹⁰ Am 14. Juli 1965 errichtete die VAR ein Generalkonsulat in Ost-Berlin. Vgl. dazu AAPD 1965, II, Dok. 284.

¹¹ Vom 15. November bis 14. Dezember 1966 besuchte Präsident Bourguiba Mauretanien, Liberia, Senegal, Mali, die Zentralafrikanische Republik, Kamerun und Niger. Vgl. dazu ANNUAIRE DE L'AFRIQUE DU NORD 1965, hrsg. vom Centre de Recherches sur l'Afrique Méditerranéenne, Paris 1966, S. 572 und S. 589.

Seine Reise durch Afrika habe ihm Gelegenheit gegeben, seine Auffassung in dieser Frage darzulegen.

Tunesien habe nur 5 Millionen Einwohner, sein Prestige sei jedoch im Steigen begriffen. Alles dort mit westlicher Hilfe Erreichte könne als Schaufenster des Westens gelten. Wer den Einfluß Tunesiens stärke, stärke damit den Einfluß des gesamten Westens in dem noch anhaltenden Wettkampf mit dem Kommunismus. Man solle sich nicht vorstellen, daß die Sowjets in ihren Bemühungen um die kommunistische Durchdringung der ganzen Welt nachließen, weil sie in Streit mit China liegen.¹² Der Kommunismus habe das gleiche Sendungsbewußtsein wie eine Religion. In dieser Lage könne Tunesien durch sein Beispiel zur Stärkung des westlichen Lagers beitragen. Jede Hilfe, die man Tunesien gewähre, werde gut genutzt und trage dazu bei, Friede und Menschenwürde zu bewahren und die gefährliche „revolutionäre Unstabilität“ zu beseitigen, die letztlich nur dem Kommunismus diene.

Der Herr *Bundeskanzler* bedankte sich zunächst für diese grandiose Analyse und für die freimütige Darlegung der Auffassungen des Staatspräsidenten. Im wesentlichen gehe er mit diesen Feststellungen einig, müsse jedoch folgendes bemerken: Haß und Rache bei ehemaligen Kolonialvölkern seien eine politische Realität, mit der man rechnen müsse. Demgegenüber müsse man allerdings auch überzeugt davon sein, daß jede Abhängigkeit von der UdSSR nur noch eine moderne und brutrale Art der Kolonialisierung darstelle. Man möge sich das Beispiel Ungarns, Polens, Rumäniens vor Augen halten, Länder, die ihre Unabhängigkeit vollends verloren haben. Er hoffe, daß man sich in den neu unabhängig gewordenen Ländern diese Überzeugung zu eigen mache.

Es müsse ferner gesagt werden, daß Deutschland bei seiner Hilfe an die Länder der „dritten Welt“ sehr wohl differenziere zwischen nahestehenden Freunden und solchen, die unentschieden und lau in ihrer Haltung blieben. Dies gelte für die multilaterale – etwa im Rahmen der Weltbank geleistete – als auch für die bilaterale Hilfe. Natürlich habe man bisher auch „blockfreien“ Staaten geholfen, um zu vermeiden, daß diese ganz offen ins kommunistische Lager übertreten. Grundsätzlich stimme er hier mit den Auffassungen des Staatspräsidenten überein und auch darin, daß der Kommunismus nicht zur Kapitulation bereit sei.

Was die direkte Hilfe Deutschlands an Tunesien anbelange, halte er den Zeitpunkt für gekommen, die deutsche Privatindustrie in stärkerem Maße für Investierungen in Tunesien zu gewinnen. Er denke dabei nicht nur an Lieferungen, sondern vor allem daran, daß die deutsche Industrie ihr technisches „Know how“ dort investiere. Er sei bereit, Untersuchungen darüber zu veranlassen und mit deutschen Industriellen darüber zu sprechen. Er glaube nicht, daß eine stärkere Durchdringung Tunesiens mit ausländischem Kapital der Unabhängigkeit des Landes Abbruch tun könne.

Einig gehe er auch mit den Darlegungen des Staatspräsidenten bezüglich der arabischen Staaten. Es gebe dort keinerlei fügenlosen Block mehr¹³; im übrigen mindere die Unfähigkeit und die schwankende Politik der Führer dieser

12 Zum sowjetisch-chinesischen Konflikt vgl. Dok. 187.

13 Zu den Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Arabischen Liga vgl. auch Dok. 257.

Staaten ständig deren Prestige. Man spreche so oft über das Problem der Palästina-Flüchtlinge.¹⁴ Er wolle in aller Offenheit sagen, daß seines Erachtens diese Flüchtlinge künstlich konserviert würden, damit man weiterhin Beweggründe für die feindselige Einstellung gegen Israel liefern könne. In Deutschland habe man es fertiggebracht, zwölf Millionen Flüchtlinge in das Wirtschaftsleben wieder einzugliedern; es müsse also auch möglich sein, eine Lösung des Problems der Palästina-Flüchtlinge zu finden.

Abschließend wolle er noch einmal sagen, wie beeindruckt er von den Darlegungen des Staatspräsidenten sei. Es sei zu erwägen, daß Deutschland zwar nicht die großen Züge seiner Entwicklungspolitik ändere, aber doch vielleicht in Zukunft andere Akzente setze. Zur Zeit lebe Deutschland in Haushaltschwierigkeiten.¹⁵ Wenn diese beseitigt seien, könne man weitersehen. Er sage dies, obwohl er wisse, daß Geld keine Freunde schaffe und daß Freundschaft sich nicht in Mark und Pfennig berechnen lasse. Im übrigen messe er Begegnungen wie der heutigen großen Wert bei. Er wolle noch einmal seine Achtung vor dem in Tunesien Geleisteten Ausdruck geben. Tunesien sei ein Land, das in eine Zukunft gehe, die viele Möglichkeiten biete.

Das Gespräch endete um 13 Uhr.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-301 00 (56), Bd. 17

228

Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem französischen Außenminister Couve de Murville

Z A 5-69.A/66 geheim

21. Juli 1966¹

Der Herr Bundesminister des Auswärtigen empfing am 21. Juli 1966 um 10.45 Uhr in seinem Arbeitszimmer den französischen Außenminister, Herrn Couve de Murville, zu einem zweistündigen Gespräch unter vier Augen.

Der Herr *Minister* gab seiner Freude über den Besuch der französischen Gäste Ausdruck und sagte, dieser finde in einer sehr interessanten Zeit statt und biete Stoff für manchen Meinungsaustausch.

Auf die Frage, in welcher Reihenfolge er die verschiedenen Themen zu besprechen wünsche, erwiderte Herr *Couve de Murville*, es gebe zur Zeit in der Tat eine ganze Reihe von Dingen, die einen beträfen und die einen weniger beträfen, aber doch interessierten. Vielleicht könnte man zunächst allgemein über die internationale Lage sprechen und dann zu den speziellen Fragen übergehen.

¹⁴ Vgl. dazu Dok. 191 und weiter Dok. 264.

¹⁵ Zur Haushaltsslage der Bundesrepublik vgl. Dok. 162, besonders Anm. 12-15.

¹ Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Dolmetscherin Bouverat am 26. Juli 1966 gefertigt.
Hat Bundesminister Schröder am 4. August 1966 vorgelegen, der handschriftlich vermerkte:
„[Seite] 15“. Vgl. Anm. 23.

Der Herr *Minister* erklärte sich hiermit einverstanden und bat seinen französischen Kollegen, ihm zu sagen, ob sich aufgrund seines Besuchs in der Sowjetunion² dessen Bild der Welt geändert habe oder nicht und welches die beherrschenden Ideen der Reise gewesen seien.

Herr *Couve de Murville* antwortete, das Wort „Weltbild“ sei vielleicht etwas zu hoch gegriffen. Er sei – wie jedermann – der Auffassung, daß die großen Probleme der jetzigen Zeit in Asien lägen, das heißt die großen Probleme, die zu einer Krise geführt hätten und Entscheidungen erforderten. Gegenwärtig gebe es in Europa keine Krise. Auch nicht in Afrika und in Amerika; selbst wenn es hier immer zu Unruhen und Zwischenfällen komme, seien diese doch nicht sehr wichtig. Die eigentlichen Probleme lägen, wie gesagt, in Asien. Und hierbei handle es sich in Wirklichkeit um eine Auseinandersetzung zwischen den USA und China. In dieser Perspektive stehe Rußland etwas zurück, da es nicht direkt in die Krise mit einbezogen sei; es sei aber natürlich sehr daran interessiert. Es stelle sich die Frage, wie weit sich der Vietnam-Krieg entwickeln werde. Seit anderthalb Jahren sei die Eskalation sehr rasch fortgeschritten und in den letzten Wochen habe sie sich noch gesteigert.³ Man frage sich, ob es zu einem Krieg zwischen den USA und China kommen werde mit allen Unbekannten, die ein solcher Krieg für den Rest der Welt mit sich bringen würde. Es sei schwierig, hierzu etwas zu sagen. Er – Couve – neige zur Annahme, daß es dazu kommen werde, wenn der Krieg fortgesetzt werde, wenn die Eskalation weitergehe. Viel mehr könne man nicht sagen. Wenn es nicht zu einem Stillstand komme, werde der Krieg fortgesetzt, und wenn der Krieg fortgesetzt werde, werde er sich ausweiten. Die allgemeine Lage in der Welt hänge von diesen Entwicklungen ab. „Wir alle“ – die einen wie die anderen – könnten aber nichts tun.

Der Herr *Minister* wies auf die Kontakte hin, die die französische Regierung durch Besuche in Hanoi⁴, den Besuch des Königs von Laos in Paris⁵ und eine geplante Reise des französischen Staatspräsidenten nach Kambodscha⁶ unterhalte und fragte, welche Betrachtungen Herr *Couve de Murville* an diese Besuche knüpfte.

2 Der französische Außenminister *Couve de Murville* hielt sich in Begleitung des Staatspräsidenten de Gaulle vom 20. Juni bis 1. Juli 1966 in der UdSSR auf. Vgl. dazu Dok. 204.

3 Am 18. Juni 1966 bekräftigte Präsident Johnson auf einer Pressekonferenz die Ziele der amerikanischen Vietnampolitik. Dazu gehörten die Abwehr von „Infiltration, Subversion und Terror“ aus der Demokratischen Republik Vietnam (Nordvietnam). Zum anderen wollten die USA Rahmenbedingung schaffen, die es der südvietnamesischen Bevölkerung ermöglichen, ihre eigene Regierung zu wählen. Vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 55, 1966, S. 42–44.

Am 29. Juni 1966 griffen amerikanische Kampfflugzeuge erstmals Ziele in den Vororten von Hanoi und Haiphong an. Der amerikanische Botschafter bei der UNO in New York, Goldberg, begründete diese Maßnahmen gegenüber dem Präsidenten des UNO-Sicherheitsrats, Coroner, damit, daß die Demokratische Republik Vietnam (Nordvietnam) den Konflikt immer mehr von einer Guerillakriegsführung zu einem konventionellen Krieg ausgeweitet habe. Für den Wortlaut des Schreibens vom 30. Juni 1966 vgl. DEPARTMENT OF STATE BULLETIN, Bd. 55, 1966, S. 119 f.

4 Am 5./6. Juli 1966 empfing Präsident Ho Chi Minh den französischen Sonderbeauftragten Sain-tenyu zu Gesprächen in Hanoi. Vgl. dazu den Drahtbericht Nr. 575 des Botschafters Freiherr von Mirbach, Neu-Delhi, vom 13. Juli 1966; Referat I A 3, Bd. 571.

5 Vom 10. bis 15. Juli 1966 hielt sich König Savang Vatthana zu Gesprächen mit Staatspräsident de Gaulle in Frankreich auf. Für das Communiqué vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1966, S. 121 f.

6 Staatspräsident de Gaulle besuchte vom 30. August bis 2. September 1966 Kambodscha. Vgl. dazu EUROPÄISCHE ARCHIV 1966, Z 160.

Herr *Couve de Murville* antwortete, diese Kontakte hätten nur das Ziel, die Kontakte als solche aufrechtzuerhalten. Man wolle mit den Hauptbeteiligten in Verbindung bleiben, ohne daran den Gedanken einer diplomatischen Aktion zu knüpfen. Dies sei zur Zeit absolut ausgeschlossen. Alles, was man höre, bestätige einen in der Auffassung, daß gegenwärtig nichts zu tun sei. Die Kontakte würden aber aufrechterhalten für den Fall, daß später einmal etwas getan werden könne. Die Sowjetunion befände sich im übrigen offensichtlich in der gleichen Lage: Premierminister Wilson, Frau Gandhi und andere hätten in Moskau versucht, die Russen zu Verhandlungen zu bewegen.⁷ Ihre Bemühungen hätten aber keinen Erfolg gehabt. Und in der Tat hätten die Russen ebenfalls keine Möglichkeit, ihren Einfluß in diesem Sinne geltend zu machen.

Der Herr *Minister* bemerkte, er habe Laos und Kambodscha erwähnt, weil manchmal die unmittelbaren Nachbarstaaten ein Gefühl für die möglichen Entwicklungen – eine Meinung über das, was möglich sei – hätten. Er stellte dann die Frage, wer zur Zeit die Lage am meisten beherrsche, ob Nordvietnam oder China „Herr des Verfahrens“ sei.

Herr *Couve de Murville* antwortete, Laos und Kambodscha seien kleine Nachbarländer, die unter dem Terror lebten, daß der Krieg auf ihr Gebiet übergreifen könnte. Kambodscha habe bisher das Glück gehabt, verschont zu bleiben. Laos sei zu zwei Dritteln von den Amerikanern und zu einem Drittel von den Nordvietnamesen besetzt; es kämpfe zwar nicht, sondern sei nur ein Opfer seiner Lage, habe aber keine Aktionsmittel.

Auf die zweite Frage des Herrn Ministers könne er – Couve – deutlich antworten: Herr des Verfahrens („maître du jeu“) sei weder China noch Nordvietnam, sondern ausschließlich die Vereinigten Staaten. Von den USA hänge es ab, ob der Krieg fortgeführt werde oder ob eines Tages Verhandlungen möglich seien. Man könne sich fragen, was für eine Politik die Vereinigten Staaten betrieben; welches ihre Ziele seien; ob sie sich engagierten, ohne es zu wissen; ob sie sich immer mehr hätten hineinziehen lassen ohne genaues Ziel, es sei denn die allgemeine, theoretische Vorstellung, gegen den Kommunismus zu kämpfen, wobei sie all das für Kommunismus hielten, was mit ihren eigenen Auffassungen nicht übereinstimme. Dies aber sei keine Politik!

Wenn die USA aber eines Tages beschlossen, daß sie in der Zukunft nicht in Vietnam bleiben wollten, dann würde es sofort zu Verhandlungen kommen. Falls sie jedoch, wie zur Zeit, ihren Willen zum Bleiben bekundeten, werde der Krieg sich bis ins Unendliche hinziehen. In ersterem Fall würden sich Nord- und Südvietnam zu Verhandlungen bereit erklären, und China würde sie nicht daran hindern.

Im übrigen profitierten die Chinesen von der jetzigen Lage: Ohne daß es sie etwas koste, werde der Krieg in Vietnam geführt und es würden Vietnamesen getötet. Die USA engagierten sich mit immer größeren Kräften in einem ausweglosen Kampf, ohne daß sich die Lage in einem für sie günstigeren Sinn ändere. Hiervon seien die Chinesen entzückt („enchantés“), und sie täten nichts,

⁷ Premierminister Wilson hielt sich vom 16. bis 19. Juli 1966 in der UdSSR auf. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1966, Z 137.

Ministerpräsidentin Gandhi weilte vom 12. bis 16. Juli 1966 in Moskau. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1966, Z 137.

um die Dinge psychologisch zu erleichtern. Andererseits wollten sie kein Risiko eingehen und nicht direkt in den Krieg verwickelt werden. Sie versuchten, einen unmittelbaren Konflikt mit den Vereinigten Staaten zu vermeiden, worin sich ihre Haltung mit derjenigen der USA decke: Auch Amerika wolle keinen Krieg mit China. Wenn eines Tages Nordvietnam die Überzeugung habe, daß Verhandlungen mit dem Ziel der Räumung Vietnams durch die amerikanischen Truppen möglich seien, könne China nichts dagegen tun.

Der Herr *Minister* antwortete, was Herr Couve de Murville gesagt habe, decke sich wahrscheinlich auch mit den Eindrücken, die dieser in Moskau gewonnen habe.

Nachdem er betont hatte, wie interessant der französische Besuch in Moskau auch für die deutsche Seite sei, da man sich hier bisher kein unmittelbares plastisches Bild von dem jetzigen Führungsgremium und den derzeitigen Verhältnissen in der Sowjetunion habe machen können, fragte der Herr Minister seinen französischen Kollegen nach dessen Urteil über die sowjetischen Leader, ihre Qualität und Rangunterschiede sowie dessen Eindrücke über die wirtschaftliche und militärische Entwicklung der UdSSR.

Herr *Couve de Murville* führte zunächst aus, der von der ganzen französischen Delegation geteilte allgemeine Eindruck sei, daß Rußland zur Zeit und besonders angesichts der Gefahr eines Krieges in Asien versuche, „keine Geschichten zu haben“ („cherche à ne pas avoir d'histoires“). Es habe vielmehr den Wunsch, daß es nicht zu Zwischenfällen und nicht zum Krieg komme, das heißt, daß der Frieden aufrechterhalten bleibe. Er – Couve – habe immer den Eindruck gehabt, daß Chruschtschow zum Teil, weil er hier Unvorsichtigkeiten begangen habe, ausgeschaltet worden sei. Unvorsichtig sei es von ihm gewesen, nutzlos die Berlin-Krise zu entfachen, wie es unvorsichtig gewesen sei, die Kuba-Krise hervorzurufen. Diese persönliche, impulsive Politik sei seiner – Couves – Auffassung nach nicht von allen Sowjetführern gebilligt worden und einer der Gründe für Chruschtschows Sturz. Ein weiterer Grund seien dessen wirtschaftliche Mißerfolge. Auch auf diesem Gebiet sei er zu impulsiv vorgegangen: Es genüge, seine fehlgeschlagenen Anbau-Experimente in Kasachstan⁸ zu erwähnen.

Heute machen die Russen einen „konservativen“ Eindruck. Er – Couve – habe dies kürzlich auch Premierminister Wilson⁹ gesagt. Sie wollten ihre Ruhe haben und hätten zur Zeit keine Gebietsansprüche (seit Kriegsende hätten sie ja auch vieles dazugewonnen). Sie hätten heute einen gefährlichen Nachbarn mit territorialen Ambitionen gegen sie selbst – China – und hielten sich auf der Defensive. Gegenüber der Welt im ganzen betrachtet hätten sie keine aggressiven Absichten. Zu ihrem großen Bedauern seien ihre Beziehungen zu den Vereinigten Staaten wegen des Vietnam-Kriegs so schlecht. Solange dieser

⁸ Seit 1955 wurde in Kasachstan großflächig neues Agrarland erschlossen. Am 26. September 1963 räumte Ministerpräsident Chruschtschow in einer Rede in Krasnodar ein, daß Kasachstan seitdem die fünfte Mißernte erzielt habe. Für den Wortlaut der Rede vgl. PRAVDA, Nr. 275 vom 2. Oktober 1963, S. 1–3. Vgl. dazu ferner AAPD 1963, III, Dok. 381.

⁹ Vom 6. bis 8. Juli 1966 hielten sich Ministerpräsident Pompidou und Außenminister Couve de Murville in London auf. Für das Kommuniqué vgl. LA POLITIQUE ÉTRANGÈRE 1966, S. 118f. Vgl. dazu ferner den Drahtbericht Nr. 1163 des Botschafters Klaiber, Paris, vom 13. Juli 1966; I A 3/B 24, Bd. 571.

Krieg andauere, könnten sie die Beziehungen zu Washington auch nicht – wie von ihnen beim Abschluß des Moskauer Atomteststopp-Abkommens¹⁰ erhofft – verbessern.

In dieser allgemeinen Atmosphäre bewegten sich die sowjetischen Führer harmonisch. Ohne jeden Zweifel regierten sie kollegial. Es gebe nicht mehr einen einzigen Chef, wie zur Zeit Stalins oder später Chruschtschows. Die Kombination zwischen Kommunistischer Partei und Regierung, Politik und Verwaltung sei recht gut dargestellt durch Breschnew als Parteichef und Kossygin als Regierungschef. Diese schienen sich recht gut zu verstehen. Er – Couve – glaube, daß es zur Zeit keine Zwistigkeiten in der kollegialen Führung gebe. Die russischen Politiker arbeiteten zusammen, sie schienen sich alles zu sagen und alles gemeinsam vorzubereiten und zu tun. Sie machten keinen starken Eindruck, erwiesen sich aber als seriös, arbeitsam und fleißig. Breschnew sei viel mehr Politiker als Kossygin und doktrinärer als dieser, weil er ein Mann der Partei sei. Kossygin wiederum sei ein guter Administrator, der das Räderwerk des Verwaltungsapparates, insbesondere auch der Wirtschaft, gut kenne. Insgesamt betrachtet machten die sowjetischen Führer einen geschlossenen, fleißigen Eindruck. Sie hätten nichts Brillantes, Glanzvolles, schienen zur Zeit aber harmonisch miteinander auszukommen. Vielleicht erscheine eines Tages wieder ein neuer Leader. Zur Zeit sei dies aber nicht der Fall und werde wohl auch nicht bald der Fall sein. Natürlich verliehen die genannten Tatsachen der sowjetischen Führung etwas Bourgeoisieres, Gemäßigteres.

Der Herr *Minister* bemerkte, aus den Berichten habe er den Eindruck gewonnen, daß Breschnew mehr Gespräche mit Präsident de Gaulle geführt habe als Kossygin. Bei früheren Besuchen sei eher Kossygin als Hauptgesprächspartner aufgetreten. Er fragte den französischen Außenminister, wie dieser sich den Unterschied erkläre.

Herr *Couve de Murville* sagte, es sei schwierig für ihn, eine genaue Antwort auf diese Frage zu geben. Es sei aber eine Tatsache, daß protokollarisch Breschnew an erster, Kossygin an zweiter und Podgornyj – obwohl er Staatschef sei – erst an dritter Stelle rangiere. Bei den Gesprächen sei Breschnew als Sprecher der sowjetischen Seite aufgetreten. Dies sei aus protokollarischen Gründen zu erklären, da er der wichtigste Mann sei. Aber Breschnew habe immer ein Papier vor sich liegen gehabt, das er mehr oder weniger abgelesen habe. Es sei deutlich zu erkennen gewesen, daß er die verschiedenen Punkte mit den anderen vorher besprochen hatte. Diese hätten ihn auch gelegentlich unterbrochen, um etwas zu berichtigen oder hinzuzufügen. Sie hätten sich alle am Gespräch beteiligt. Es werde den Herrn Minister vielleicht amüsieren zu erfahren, daß die erwähnten Papiere alle im Außenministerium, also von Gromyko, ausgearbeitet worden seien. Er unterstreiche dies, um zu zeigen, daß Gromyko eine wichtigere Rolle spielt als im allgemeinen angenommen werde. Auf die Frage des Herrn *Minister*, ob sich dies auf das „policy making“ und auf das Formulieren beziehe, antwortete Herr *Couve de Murville*, auf beides: Gromyko beteilige sich offensichtlich auch an der Bestimmung der Richtlinien der Politik.

¹⁰ Für den Wortlaut des Teststopp-Abkommens vom 5. August 1963 vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1963, S. 291–293.

Der Herr *Minister* fragte dann nach den Eindrücken des französischen Außenministers über die militärische, wirtschaftliche und öffentliche Entwicklung der Sowjetunion.

Herr *Couve de Murville* führte hierzu aus, als allgemeiner Eindruck sei zunächst zu erwähnen, daß für die Russen – die Regierung wie das Volk – das Problem Nr. 1 die wirtschaftliche Entwicklung der Sowjetunion sei. Dies sei wirklich ihr erstes Anliegen. Es handle sich natürlich um ein sehr ausgedehntes, enorm großes Land, das über riesige Möglichkeiten verfüge. Die Stadt Nowosibirsk – die östlichste Stadt auf der Reiseroute General de Gaulles – sei zum Beispiel weiter von Moskau entfernt als Paris und liege dabei noch nicht einmal in der Mitte Sibiriens! Viele Hilfsquellen seien nicht genutzt, besonders in Sibirien, das erst am Anfang seiner Entwicklung stehe. Es sei also noch sehr viel zu tun und auf vielen Gebieten stünden die Dinge nicht zum besten. Am wenigsten fortgeschritten sei die Landwirtschaft, aus Gründen, die er – Couve – sich im übrigen nicht erklären könne. Tatsache sei aber, daß die Agrarproduktion unausreichend sei und nicht sehr entwickelt. Wahrscheinlich sei dies darauf zurückzuführen, daß das kommunistische Regime sich für die Landwirtschaft nicht eigne.

Ein weiteres Problem, das sehr schwer zu lösen scheine, sei das Verkehrsweisen. Die Russen seien wohl nicht die besten Organisatoren der Welt, was sich besonders auch auf diesem Gebiet zeige.

Abgesehen davon erscheine Rußland jedoch als ein Land von Technikern. Je-dermann sei dort Ingenieur – so Kossygin, Breschnew und Gromyko – und die Technokraten trieben die Entwicklung voran, mit größerem Erfolg in der Industrie und geringerem Erfolg in der Landwirtschaft.

Auf eine Frage nach dem Stand der industriellen Ausrüstung antwortete Herr *Couve de Murville*, er könne sich hierüber kein Urteil erlauben, da er absolut kein Experte auf diesem Gebiet sei. Die französische Delegation habe zwei große Fabriken besichtigt: ein großes Turbinenkraftwerk und ein Kosmodrom in der Nähe des Aralsees in Kasachstan, das sehr gut organisiert sei.

Der Herr *Minister* wies darauf hin, daß in der UdSSR anscheinend ein gewisser Gegensatz bestehe zwischen hoch entwickelten Spezialindustrien – wie etwa das Flugwesen und die Weltraumfahrt – und vielen anderen Industrien, die eher rückständig seien.

Herr *Couve de Murville* bestätigte, daß alles, was für den Konsum bestimmt ist, sicher ungenügend entwickelt sei, wie zum Beispiel die Leichtindustrie (Automobilfabrikation usw.).

Der Herr *Minister* erkundigte sich ferner nach den militärischen Einrichtungen.

Hierzu bemerkte Herr *Couve de Murville*, er glaube, daß Rußland eine gute Armee habe: sie sei gut organisiert, habe eine große Bedeutung und es würden große Anstrengungen dafür unternommen, wobei von russischer Seite anerkannt werde, daß sie sehr kostspielig sei.

Der Herr *Minister* wies anschließend darauf hin, daß man auf deutscher Seite sehr daran interessiert sei, die sowjetischen Vorstellungen über die europäischen Probleme und über das geteilte Deutschland zu kennen und bat seinen

französischen Kollegen, ihm einen Überblick darüber zu geben. Er fragte insbesondere, ob die Sowjets den Eindruck hätten, daß die jetzige geteilte Lage Deutschlands aus deren Sicht etwas Normales, Befriedigendes sei.

Der französische *Außenminister* erwiderte, der sowjetische Standpunkt in der deutschen Frage, wie er auch diesmal wieder dargelegt worden sei, sei seit mehr als zehn, ja seit fast fünfzehn Jahren bekannt: Es gebe zwei deutsche Regierungen, und diese Tatsache müsse als erstes anerkannt werden. Dann fügten sie – die Russen – hinzu, falls es außerdem noch deutsche Probleme gebe, so müßten die beiden deutschen Staaten sie unter sich erörtern.¹¹ Wenn man nun von französischer Seite den Russen entgegenhalte, Deutschland sei in der Tat in zwei Teile geteilt – selbst wenn einer der beiden Teile von Frankreich und anderen Ländern nicht anerkannt werde – und dies sei kein normaler, kein friedlicher Zustand; man glaube nicht, daß die europäischen Probleme in ihrer Gesamtheit gelöst werden könnten und eine friedliche Lage herzustellen sei, solange die deutsche Frage nicht geregelt werde – so antworteten die Russen nicht mit „nein“. Natürlich sagten sie, die Deutschen müßten selbst über die Dinge diskutieren, sie müßten sich unter sich verständigen. Aber sie – die Russen – stritten nicht ab, daß es trotz allem doch eine deutsche Frage gebe, für die eine Lösung gefunden werden müsse, um die europäische Frage regeln zu können.

Der Herr *Minister* sagte hierzu, er suche nach der inneren sowjetischen Haltung und frage sich, ob die Sowjets den jetzigen Zustand als eine auf die Dauer durchhaltbare Lösung betrachteten oder ob sie im Grunde der Auffassung seien, daß es keine dauerhafte Lösung sei.

Herr *Couve de Murville* meinte, sie möchten zwar, daß die jetzige Lage dauerhaft sei, erkannten aber an, daß sie nicht für immer dauern könne, da sie keine endgültige Lösung des Problems biete.

Der Herr *Minister* fragte sodann, wie stark man bei den Gesprächen direkt oder indirekt auf den ideologischen Kern gestoßen sei, das heißt [ob] bei der Behandlung der deutschen Frage aus sowjetischer Perspektive bei den Russen ein starkes Stück Ideologie mit anklinge oder ob es sich um einen reinen Interessenkonflikt und -ausgleich handle. Ob die ideologische Komponente wirklich wichtig sei?

Herr *Couve de Murville* antwortete auf letzteres, er sei dessen „nicht so sicher“. Es sei darüber natürlich nicht gesprochen worden. Selbstverständlich sei es vom russischen Standpunkt aus betrachtet bequem, daß das Regime in Ostdeutschland sich völlig von dem westdeutschen unterscheide. Aber die Russen machten sich diesen Umstand zunutze, um zu behaupten, daß eine Wiedervereinigung aus diesem Grunde schwierig, ja sogar unmöglich sei. Das Ziel, das sie damit verfolgten, sei jedoch kein ideologisches, sondern ein politisches Ziel. Er – Couve – glaube, daß sie gegen eine Vereinigung der beiden Teile Deutschlands ebenso viel Widerstand leisten würden, falls Westdeutschland zufällig kommunistisch wäre.¹²

¹¹ Zur sowjetischen Zwei- bzw. Drei-Staaten-Theorie vgl. Dok. 21, Anm. 11.

¹² Am 18. Juli 1966 übermittelte Botschafter Knoke, Den Haag, aus einer Unterredung mit seinem türkischen Amtskollegen, Halefoglu, Äußerungen des ehemaligen sowjetischen Botschafters in der

Der Herr *Minister* brachte dann das Gespräch auf die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den anderen osteuropäischen Staaten und fragte, welches die Haltung der Sowjetunion zu diesen Ländern sei: ob sie unbesorgt, kooperativ sei oder ob doch eine gewisse Besorgnis angesichts der Selbständigkeitstrebbungen einiger dieser Staaten zu verspüren sei.

Herr *Couve de Murville* antwortete, er glaube, daß die allgemeine Haltung der Sowjetunion gegenüber den osteuropäischen Ländern die normale Haltung einer Großmacht gegenüber viel kleineren Staaten sei, die diese in ihrer Einflußsphäre behalten wolle – wie die Haltung der Vereinigten Staaten gegenüber Westeuropa. Seit einigen Jahren, besonders seit den Meinungsunterschieden zwischen China und der Sowjetunion, zeichne sich in Osteuropa eine Tendenz zur Emanzipation ab. Es sei für die UdSSR aber schwierig, gegen eine derartige Tendenz – die für sie natürlich nicht angenehm sei – anzugehen. Dies habe sich bei den Warschauer-Pakt-Gesprächen¹³ wieder gezeigt. Schließlich könne die Sowjetunion auch keinen echten Widerstand gegen derartige Emanzipationsbestrebungen leisten, da es ja eine ähnliche Bewegung in Westeuropa gegen die USA gebe und die Russen nicht wünschten, daß dem nicht so sei. Sie könnten daher nicht unterschiedliche Standpunkte einnehmen, je nachdem, ob es sich um den Osten oder den Westen handele.

Die Haltung der osteuropäischen Staaten gegenüber Rußland sei unterschiedlich: Sie differenziere sich je nachdem, ob der entsprechende Staat näher an Deutschland liege oder weiter davon entfernt sei. So zeigten Polen und die Tschechoslowakei sich eher bereit, der russischen Linie zu folgen, als Rumänen, Bulgarien und Ungarn.

Der Herr *Minister* stellte ferner die Frage, ob die SBZ und das Pankower Regime für die Russen gleich rangiere wie Polen, die Tschechoslowakei usw., ob sie als normaler Bestandteil des ganzen Bereichs betrachtet werde, oder ob die Sowjetunion gegenüber der SBZ eine differenziertere Haltung einnehme.

Herr *Couve de Murville* sagte, es sei schwierig, hierauf zu antworten. Er selbst tendiere zur Annahme, daß es psychologisch für die Russen nicht das gleiche sei, auch wenn sie im Alltagsleben eine ähnliche Haltung einnähmen.

Fortsetzung Fußnote von Seite 949

Bundesrepublik. Smirnow habe erklärt, „daß die Sowjetunion an der Aufrechterhaltung der Teilung Deutschlands höchst interessiert sei, weil das Vorhandensein von ‚zwei deutschen Staaten‘ ihre Sicherheit am besten garantiere. Der Sowjetunion läge auch nichts daran, daß es zu einer Wiedervereinigung Deutschlands etwa auf kommunistischer Basis käme.“ Knoke führte weiter aus, Halefolu habe darauf hingewiesen, „daß Smirnow die Ansicht der sowjetischen Regierung richtig wiedergegeben hätte. Die Sowjetunion sei im Hinblick auf die Auseinandersetzung mit China daran interessiert, einen ‚ruhigen Rücken‘ zu haben. Ein unter kommunistischem Vorzeichen wiedervereinigtes Deutschland könnte einen Unruheherd bilden.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 211; VS-Bd. 4202 (II A 4); B 150, Aktenkopien 1966.

¹³ Der Politische Beratende Ausschuß des Warschauer Pakts tagte vom 4. bis 6. Juli 1966 in Bukarest. Für den Wortlaut der Deklaration vgl. EUROPA-ARCHIV 1966, D 414–424. Vgl. dazu auch Dok. 240, besonders Anm. 17 und 18.

Zur Deklaration vermerkte Botschafter von Walther, Moskau, am 11. Juli 1966: „Es ist bekannt, daß diese Festlegung erst nach 12tägigen, offenbar sehr bewegten Verhandlungen in Moskau zwischen den Außenministern zustandegekommen ist. Sie bedeutet die endgültige Durchsetzung der Auffassung Moskaus und Ostberlins gegenüber den abweichenden Tendenzen der südosteuropäischen Paktmitglieder. Der Preis, den die Sowjetunion für die Durchsetzung ihrer Wünsche bezahlt hat, ist wohl in der Genehmigung zur Intensivierung der Kontakte ihrer Verbündeten vor allem auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet zum Westen zu sehen.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 896; VS-Bd. 4227 (II A 4); B 150, Aktenkopien 1966.

Der Herr *Minister* fragte anschließend, wie hoch in der Sowjetunion der Gedanke einer europäischen Sicherheitskonferenz¹⁴ gewertet werde, ob die Konferenz mit einer gewissen Intensität vorgeschlagen werde, zu einem möglichst baldigen Termin, oder ob es sich eher um diplomatisches Spielmaterial handle, um die ungelösten Sicherheitsprobleme im Gespräch zu belassen.

Herr *Couve de Murville* antwortete, er wisse hierüber nichts, es sei kaum darüber gesprochen worden. Auf französischer Seite sei man der Ansicht, daß eine derartige Konferenz am Ende der Bemühungen stehen sollte und nicht am Anfang. Er verwies in diesem Zusammenhang auf das Ergebnis der Bukarester Tagung.

Der Herr *Minister* wandte ein, auf deutscher Seite habe man den Eindruck, daß die Sowjets anderswo aktiv Propaganda für eine Sicherheitskonferenz betrieben hätten. Auf die Bemerkung *Couves*, daß es sich dabei wohl um Italien handele, präzisierte der Herr *Minister*, dies sei nicht nur beim Quirinal, sondern auch beim Vatikan der Fall gewesen.¹⁵

Herr *Couve de Murville* setzte dem entgegen, die Russen hätten ja auch viel und lange über einen Nichtangriffspakt zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt¹⁶ gesprochen. Er glaube, daß in all dem nichts Wesentliches stecke, er halte es für Propagandareden der üblichen Art.

Der Herr *Minister* fragte weiter, ob während des französischen Rußland-Besuchs auch über atomare Probleme und über die Genfer Verhandlungen gesprochen worden sei, auch wenn Frankreich sich daran nicht beteilige.

Der französische *Außenminister* bestätigte, daß über Genf gesprochen worden sei, und zwar – offen gesagt – im Zusammenhang mit Deutschland. Die Russen seien für die Nichtweiterverbreitung, auch für ein entsprechendes Abkommen, aber für sie sei eine Klausel in der Art, wie sie von amerikanischer Seite vorgeschlagen worden sei, um Deutschland ein Mitspracherecht einzuräumen, absolut unannehmbar.¹⁷ Über eine mögliche erneute Beteiligung Frankreichs an den Genfer Verhandlungen¹⁸ sei nicht gesprochen worden. Im übrigen sei es auch gleichgültig, ob Frankreich teilnehme oder nicht. Die Russen wüßten wie alle anderen Teilnehmer, daß es sich nur um nutzlose Erörterungen handle, die nie zu etwas führen würden. Sie hätten vor drei Jahren das Atomteststopp-Abkommen unterzeichnet, weil sie daran die Hoffnung geknüpft hätten, daß dies der Anfang einer Annäherung zu den USA und die Basis für eine Verständigung zwischen den Russen und Amerikanern sein würde. Dann sei der Vietnam-Krieg ausgebrochen und habe alles geändert, so daß heute die Konsequenzen gezogen würden. Die Genfer Verhandlungen würden zwar fortgesetzt, es werde jetzt über die Weiterverbreitung oder die Nichtweiterverbreitung gesprochen; Rußland sei sicher bereit, ein Abkommen darüber zu unterzeichnen;

14 Zum sowjetischen Vorschlag einer europäischen Sicherheitskonferenz vgl. Dok. 142.

15 Vgl. dazu Dok. 142, Anm. 3.

16 Zum Vorschlag für ein Nichtangriffsabkommens vgl. Dok. 35, Anm. 21.

17 Zur Möglichkeit einer amerikanisch-sowjetischen Einigung über ein Nichtverbreitungsabkommen vgl. Dok. 177.

18 Frankreich lehnte am 5. März 1962 die Teilnahme an der Konferenz der 18-Mächte-Abrüstungskommission ab. Für die Erklärung des französischen Außenministeriums vgl. LE MONDE, Nr. 5641 vom 7. März 1962, S. 6.

im Hintergrund der gesamten Erörterungen schwebt aber die deutsche Frage und der sowjetische Standpunkt hierzu sei ja bekannt.

Der Herr *Minister* erklärte, wenn man versuche, aus den von Herrn Couve de Murville direkt gewonnenen Eindrücken eine Nutzanwendung zu ziehen, stelle sich die Frage, ob es aussichtsreiche Schritte gebe, die man hier oder dort unternehmen könnte; ob man die bisherige Politik gegenüber der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten auf wirtschaftlichem, kulturellem und wissenschaftlichem Gebiet mehr oder weniger fortsetzen solle oder ob sich aus den Erfahrungen des französischen Besuchs irgendwelche neuen Elemente ergäben.

Herr *Couve de Murville* antwortete, die französische Regierung sei in ihrer Idee bestätigt worden, daß der Weg zu einer Entwicklung in Europa der Weg der Entspannung, der Annäherung zwischen dem Westen und dem Osten sei. Dies sei nur durch eine Beendigung des Kalten Krieges zu erreichen. Er habe dies vor seiner Reise nach Moskau geglaubt und glaube es nach der Reise noch mehr. Dies bedeute, daß Deutschland sich an einer derartigen Politik beteiligen sollte, da Deutschland ja nicht nur geographisch im Zentrum Europas liege, sondern auch im Mittelpunkt der europäischen Probleme. Frankreich könne hierzu allerdings nichts tun. Es lege Wert auf die Entwicklung seiner eigenen Beziehungen, die es für nützlich halte, und habe die Absicht, auf diesem Weg fortzuschreiten. Man würde es auf französischer Seite für nützlich halten, wenn andere europäische Länder den gleichen Weg einschlagen würden, könne sie aber nicht in diesem Sinne beeinflussen.

Der Herr *Minister* verwies auf die Bemühungen, die von deutscher Seite gegenüber den osteuropäischen Staaten seit längerer Zeit auf wirtschaftlichem, kulturellem und anderen Gebieten – auf ersterem sogar mit einer bestimmten Intensität – unternommen worden seien und die – mit Ausnahme der Tschechoslowakei, wo noch gewisse Probleme beständen¹⁹ – zur Errichtung von Handelsmissionen, zum Abschluß von Handelsverträgen und kulturellen Abmachungen²⁰ geführt hätten. Man nehme auch an, daß der Handelsvertrag mit der Sowjetunion erneuert werden könne.²¹ In diesen Tagen werde in Leningrad eine deutsche Architektur-Ausstellung eröffnet, die auch in Kiew und Moskau gezeigt werden soll.²² Es werde von deutscher Seite alles getan, was man auf unstreitigem Gebiet tun könne, und man habe die Absicht, dies fortzusetzen. Man sei der Auffassung, daß es schwierig sei zu erkennen, welche weiteren nützlichen und konkreten Schritte unternommen werden könnten. Man stelle sich in diesem Zusammenhang oft die Frage, inwieweit die deutschen und die französischen Bemühungen stärker koordiniert und verbunden

19 Zur Frage der Wiederaufnahme von Handelsvertragsgesprächen mit der Tschechoslowakei vgl. zuletzt Dok. 122 und weiter Dok. 353.

20 Gleichzeitig mit der Errichtung von Handelsvertretungen in den Jahren 1963/64 wurden mit Polen, Ungarn, Bulgarien und Rumänien auch Handelsabkommen geschlossen. Vgl. dazu Dok. 21, Anm. 27.

Zum Stand der Gespräche über wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit mit Rumänien sowie zu den Wirtschaftsbeziehungen mit Polen vgl. auch Dok. 96 und Dok. 159.

Zum Scheitern einer Erneuerung des 1960 ausgelaufenen Kulturabkommens mit der UdSSR vgl. Dok. 91, Anm. 5.

21 Zu den deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverhandlungen vgl. Dok. 213 und weiter Dok. 306.

22 Vgl. dazu Dok. 168, Anm. 6.

werden könnten. Er fragte seinen französischen Kollegen, ob dieser etwaige Ansatzpunkte in dieser Richtung sehe.

Minister *Couve de Murville* erwiderte, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den osteuropäischen Ländern seien blühend. Das Handelsvolumen übersteige dasjenige Frankreichs, was im übrigen einer Tradition entspreche und normal sei. Aber die Bundesrepublik habe in Wirklichkeit keine politischen Beziehungen zu diesen Staaten. Auf diesem Gebiet finde kein Gespräch zwischen der Bundesrepublik und den osteuropäischen Ländern statt. Dies sei das Problem. So sehr die wirtschaftlichen Beziehungen entwickelt seien, so sehr stehe es auf dem politischen Gebiet schlecht. Er sage dies ganz offen, ohne jedoch irgend eine Kritik daran knüpfen zu wollen.

Man könne natürlich über die wirtschaftlichen Probleme sprechen und sehen, ob eine Koordinierung möglich sei. Die Schwierigkeit liege aber, wie gesagt, auf politischem Gebiet. Er – *Couve* – wolle aber natürlich nicht den Eindruck erwecken, daß er sich in etwas einmische, das ihn nichts angehe.

Der Herr *Minister* stellte die Frage nach den praktischen Konsequenzen etwaiger politischer Schritte. Vor einiger Zeit habe der rumänische Außenhandelsminister auf dem Weg nach Brüssel²³ Bonn besucht.²⁴ Ohne daß konkrete Gespräche darüber geführt worden seien, sei klar zu erkennen, daß Rumänien gerne bereit wäre, sofort diplomatische Beziehungen zur Bundesrepublik aufzunehmen²⁵ – was von Herrn *Couve de Murville* bestätigt wurde. Seit Jahren habe er – der Herr *Minister* – versucht, auf dieser Linie so weit wie möglich zu gehen, zum Beispiel in der Frage der Berlin-Klausel. Er weise jedoch auf die Probleme hin, die entstehen könnten, wenn diplomatische Beziehungen zu Rumänien aufgenommen würden: Zunächst müsse man sich die Wirkung in bezug auf Pankow vorstellen. Das dortige Regime werde der halben Welt verkünden, Westdeutschland habe seine Linie geändert und entsende einen Botschafter nach Bukarest, obwohl dort ein Pankower Botschafter sitze, infolgedessen könnten auch alle Staaten, die es bisher nicht getan hätten, nunmehr ebenfalls Botschafter nach Pankow entsenden. Von deutscher Seite könnte dem entgegengehalten werden, Deutschland habe seinen Standpunkt nicht geändert, halte es aber für nützlich, diplomatische Beziehungen mit anderen Ländern des Ostens anzuknüpfen, wie seinerzeit mit Moskau. Es stelle sich die Frage, welche Wirkung dies hätte und welche Schlußfolgerungen daraus gezogen würden.

Ferner sei zu bedenken, daß die Bundesrepublik nach der Anknüpfung diplomatischer Beziehungen mit Israel die Beziehungen zu zehn Staaten des arabischen Raums verloren habe.²⁶ Man sei auch noch nicht an dem Punkt angelangt, wo eine Wiederherstellung möglich erscheine. Es stelle sich die Frage,

23 Die Wörter „auf dem Weg nach Brüssel“ wurden von Bundesminister Schröder hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

24 Für das Gespräch des Bundesministers Schröder mit dem rumänischen Außenhandelsminister Cioara am 17. Mai 1966 vgl. Dok. 153.

25 Zu Überlegungen hinsichtlich einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Rumänien vgl. Dok. 226.

26 Zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Mehrzahl der arabischen Staaten vgl. Dok. 21, Anm. 18.

was in diesem Raum geschehe, wenn während der Phase, in der sich noch keine Wiederanknüpfung anbahne, angekündigt würde, daß man einen Botschafter nach Bukarest entsenden wolle. Es sei schwierig, die richtige Haltung unter Abwägung aller Vorteile und Nachteile zu finden. Er – der Herr Minister – bitte seinen französischen Kollegen, ihm seine offene Meinung über diese Fragen zu sagen. Seine konkrete Frage gehe dahin, ob Herr Couve de Murville einen Punkt sehe, wo uneingeschränkt politische Beziehungen begründet werden könnten.

Der französische *Außenminister* gab zu, daß dies ein sehr schwieriges Problem sei. Er sei sich im klaren darüber, daß eine Anknüpfung diplomatischer Beziehungen mit Rumänien oder anderen oder sämtlichen osteuropäischen Staaten zur Folge haben würde, daß eine bestimmte Anzahl von Ländern der Dritten Welt diplomatische Beziehungen zu Pankow herstellen würden. Dies sei sehr mißlich („très embarrassant“). Im übrigen glaube er – nebenbei bemerkt – nicht, daß dies für die arabischen Staaten eine wesentliche Frage wäre. Die Schwierigkeiten der arabischen Länder lägen in einer anderen Richtung, sie stünden im Zusammenhang mit den Beziehungen zu Israel. Er wiederholte: „Tout cela est fort embarrassant!“ Die Beziehungen zur Sowjetunion seien seinerzeit – 1955 – von Bundeskanzler Adenauer als Gegenleistung für die Freigabe der Kriegsgefangenen hergestellt worden.²⁷ Es sei aber doch wohl besser gewesen, sie angeknüpft zu haben.

Der Herr *Minister* betonte, daß er eher für diplomatische Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten sei. Er habe diesen Punkt nur erwähnt, um auf die verschiedenen Probleme hinzuweisen, die sich in diesem Zusammenhang in bezug auf Pankow ergeben könnten.

Auf die Frage, ob über das Berlin-Problem gesprochen worden sei, antwortete Herr *Couve de Murville*, das Wort „Berlin“ sei nicht ein einziges Mal gefallen.

Der Herr *Minister* unterstrich nochmals, daß ihm sehr an einer aktiven Ostpolitik gelegen sei. Bekanntlich mache er seit Jahren Anstrengungen in dieser Richtung. Die Frage sei nur, wie sich diese Politik in den Rahmen des Möglichen einfügen lasse. Überall, wo man sich auf deutscher Seite bemühe, sei die Frage der Einbeziehung Berlins gemäß den Absprachen mit den westlichen Alliierten²⁸ ungeheuer schwer zu behandeln (s. Tschechoslowakei). Der östliche Standpunkt hierzu sei bekannt. Es stelle sich die Frage, wie man auch bei

²⁷ Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik wurde am 13. September 1955 während des Besuchs des Bundeskanzlers Adenauer in Moskau vereinbart. Am 14. September 1955 teilte Adenauer auf einer Pressekonferenz in Moskau mit, die sowjetische Regierung habe sich bereit erklärt, 9626 Kriegsgefangene „in allerkürzester Zeit“ zu entlassen. Vgl. DzD III/1, S. 339. Vgl. ferner ADENAUER, Erinnerungen II, S. 551.

²⁸ Nach der BKC/L (52) 6 vom 21. Mai 1952 sollte Berlin (West) soweit wie möglich in die internationalen Verpflichtungen der Bundesrepublik einbezogen werden. Dazu wurde festgelegt: „Der Name Berlin soll in dem Wortlaut solcher Verträge und Übereinkommen genannt werden. Sollte es aus irgendeinem Grunde nicht möglich sein, den Namen Berlins in dem Wortlaut eines Vertrages einzufügen, so soll die Bundesrepublik entweder in der Urkunde, durch die sie dem Vertrag beitritt, oder in einer gesonderten Erklärung, die zur Zeit der Unterzeichnung des Vertrages ausgestellt wird, erklären, daß die Bestimmungen des Vertrages in Berlin angewendet werden. Bei Handels- und Zahlungsverträgen soll angenommen werden, daß Berlin als in den Vertrag einbezogen gilt, wenn der Vertrag die Angabe enthält, daß das Anwendungsgebiet des Vertrages das Währungsgebiet der DM-West ist.“ Vgl. DOKUMENTE ZUR BERLIN-FRAGE 1944–1966, S. 176.

der negativen Haltung der östlichen Seite etwas Positives erreichen könne. Er habe sich daher vor etwa anderthalb Jahren die Frage gestellt, ob man nicht eine Regelung für die automatische Einbeziehung Berlins finden könnte. Eine entsprechende Frage sei an Frankreich, England und Amerika gerichtet worden.²⁹ Das Thema sei, nachdem es zu einer Polemik in der Presse gekommen sei, von ihm – dem Herrn Minister – nicht wieder aufgenommen worden.

Herr *Couve de Murville* bemerkte, er erinnere sich daran, daß der Herr Minister in London bei dem Vierer-Abendessen³⁰ davon gesprochen habe. Er wisse, daß seither über diese Frage diskutiert worden sei, kenne aber den jetzigen Stand der Dinge nicht, werde sich aber darüber informieren lassen. Auf französischer Seite sei man bereit, den Vorschlag näher zu prüfen, um zu sehen, was möglich sei, um dem Wunsch des Herrn Ministers entgegenzukommen.

Der Herr *Minister* dankte seinem französischen Kollegen für das von diesem zugesagte persönliche Interesse an der erwähnten Sache.

Das Gespräch in Anwesenheit der beiden Dolmetscher endete um 12.55 Uhr.

VS-Bd. 10088 (Ministerbüro)

229

Gespräch des Bundeskanzlers Erhard mit Staatspräsident de Gaulle

Z A 5-65.A/66 geheim

21. Juli 1966¹

Der Herr Bundeskanzler führte am 21. Juli 1966 um 11.45 Uhr ein erstes Gespräch unter vier Augen mit dem französischen Staatspräsidenten de Gaulle.

Der Herr *Bundeskanzler* bedankte sich einleitend bei General de Gaulle dafür, daß er in Moskau für Deutschland gesprochen und insbesondere das künstliche Gebilde SBZ nicht anerkannt habe.² Die deutsche Politik, die darauf abzielen müsse, daß nicht zwei deutsche Staaten in der Welt anerkannt würden, habe dadurch eine wesentliche Stützung erfahren. Der Herr Bundeskanzler fragte dann, ob die Sowjetunion zu einem direkten Gespräch mit Deutschland bereit wäre, zumal die Deutschen ihrerseits über vieles mit sich reden ließen. Natürlich erwarte er von einem solchen Gespräch auch keine Wunder. Er frage, ob de Gaulle irgendwelche Möglichkeiten sehe, auf welche Weise die Frage der

29 Zum Memorandum der Bundesregierung vom 22. Juni 1966 vgl. Dok. 136, besonders Anm. 3.

30 Zum Gespräch des Bundesministers Schröder mit den Außenministern der Drei Mächte am 10. Mai 1965 vgl. AAPD 1965, II, Dok. 202.

¹ Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde vom Vortragenden Legationsrat Kusterer am 22. Juli 1966 gefertigt.

² Zu den Äußerungen des Staatspräsidenten de Gaulle über die DDR während seines Aufenthalts in der UdSSR vom 20. Juni bis 1. Juli 1966 vgl. Dok. 204, besonders Anm. 13.

Entspannung, der Wiedervereinigung und eine umfassendere europäische Lösung vorangebracht werden könne.

General *de Gaulle* erwiderte, er könne nur bestätigen, was der Herr Bundeskanzler bereits wisse, daß nämlich die Russen sehr viel von Deutschland sprächen und zwar immer mit Mißtrauen. Er glaube, daß an diesem Mißtrauen ein Stück künstlich sei, da es für Rußland in gewisser Weise eine innen- und sogar außenpolitische Notwendigkeit gegenüber ihren Satelliten darstelle, ein Deutschland vor Augen zu führen, das wiederum bedrohlich werden könnte. Somit sprächen die Russen immer von Deutschland, und zwar leidenschaftlich und übelwollend. Zum zweiten erklärten sie, die beiden deutschen Staaten seien vollendete Tatsache, und somit könnten sie nichts mit der Bundesrepublik tun, es sei denn, die Bundesrepublik anerkenne diese Tatsache der beiden deutschen Staaten und ziehe die Konsequenzen daraus. Zum dritten sagten die Russen, in der Grenzfrage dürfe überhaupt kein Zweifel übrig bleiben. Tatsächlich aber bestehe ein Zweifel. Auch hinsichtlich der Nuklearwaffen bestünden Zweifel, und die Deutschen wollten indirekt oder direkt in den Besitz von Nuklearwaffen gelangen, was eine große Gefahr darstellen würde. All dies erklärten die Russen. Sage man ihnen aber, so wie er es getan habe, daß der gegenwärtige Zustand nicht ewig andauern könne, daß er nicht normal sei und daß insbesondere die derzeitige Situation Deutschlands unbefriedigend, ja gegen die Natur und somit wider die Interessen des Friedens sei, und daß man somit die Gesamtkonjunktur in Europa verändern und den Weg zu einem neuen Verhältnis zwischen Ost- und Westeuropa öffnen müsse (in diesem Zusammenhang insbesondere auch zu einem neuen Verhältnis zu Frankreich, weshalb er ja gerade die Reise in die Sowjetunion angetreten habe) und sage man ihnen, wie er es getan habe, daß Rußland dasselbe auch mit Deutschland tun müsse, daß es die Atmosphäre verändern und einen wirklichen Kontakt erstellen müsse, so sagten die Russen nicht endgültig nein dazu. Natürlich sprächen sie immer mit Mißtrauen von Deutschland. Sie hätten aber nicht erklärt, sie wollten keine Entspannung mit Westeuropa organisieren. Natürlich hätten sie gesagt, daß sie das mit Frankreich tun wollten, aber sie hätten keineswegs dargetan, daß sie nicht zu einer Veränderung des Verhältnisses mit Deutschland bereit seien.

Der Herr Bundeskanzler fragte dann, ob General *de Gaulle* glaube, daß die drei führenden Persönlichkeiten (Kossygin, Breschnew und Podgornyj) eine Einheit darstellten, oder ob es zwischen diesen drei Differenzierungen gebe. Außerdem würde es ihn interessieren, ob die Russen angesichts der Gefahr eines besseren Kontaktes zwischen den Satellitenstaaten einerseits und Westeuropa und insbesondere Deutschland andererseits den Druck auf die Satellitenstaaten verstärken könnten oder wollten. Nach seinem Gefühl sei bei dem starken russischen Übelwollen auch viel Taktik im Spiele. Lasse man einmal die nukleare Frage beiseite, die nicht aktuell sei und die im übrigen sicherlich zu einer Lösung gebracht werde, bei der Deutschland nicht in den Geruch gerate, bedrohlich zu werden, und wenn Deutschland militärisch in die NATO integriert sei, wenn außerdem die deutsch-französische Freundschaft stärker werde und sich auch in der Zusammenarbeit mit den osteuropäischen und südosteuropäischen Ländern niederschlage und somit das Mißtrauen der Sowjetunion verringert würde, wenn außerdem im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung auch

andere Fragen zur Diskussion gestellt würden wie zum Beispiel die Grenzfrage, in der die Deutschen keineswegs Träumer seien, so frage er sich, ob, all dies angenommen, nicht doch ein Spalt geöffnet werden könnte, der einen Ausblick auf eine Lösung zulasse.

General *de Gaulle* bemerkte, was Breschnew, Kossygin und Podgornyj anbelange, so seien diese drei natürlich drei verschiedene Personen und als Menschen nicht identisch. Dennoch glaube er, daß diese drei in der Politik einig seien, zumindest in der internationalen Politik. Vielleicht gelte dies etwas weniger für die in Rußland selbst zu treffenden wirtschaftlichen Maßnahmen. Er habe keinen Unterschied zwischen ihnen gefunden, weder in dem, was sie gesagt hätten, noch in der Art, wie sie es gesagt hätten. Natürlich seien die Persönlichkeiten nicht identisch. Breschnew stelle die Partei dar, das heißt den militanten Kommunismus; er sei intelligent und sehr wohl mit allen Fragen vertraut. Breschnew sei der Chef. Wenn man mit Sowjetrußland spreche, so habe man Breschnew vor sich, während die übrigen daneben stünden. Kossygin sei ein fähiger Mann, der ebenfalls eine gute Sachkenntnis besitze. Er könne sehr wohl seinen Plan und seine Industrie und wisse vor allem auch, was in anderen Ländern auf wirtschaftlichem Gebiet passiere, insbesondere in den Vereinigten Staaten. Kossygin sei außerdem sehr arbeitsam. Er sei wirklich der Chef der Minister und der Verwaltung. Podgornyj spiele keine sehr aktive Rolle, sondern sei eben mit dabei, gebe auch seine Meinung ab, habe aber vor allem eine Repräsentationsfunktion. Er glaube nicht, daß Podgornyj bei Beschlüssen eine sehr aktive Rolle spiele. Die drei seien also als Persönlichkeiten nicht identisch, aber sicherlich in internationalen Fragen einig, wobei Breschnew der Hauptpartner sei.

General *de Gaulle* fuhr fort, was die zweite Frage des Herrn Bundeskanzlers anbelange, nämlich die Satelliten, so sei er offen gestanden der Auffassung, daß kein Land, am wenigsten aber Deutschland, ein Interesse noch die Möglichkeit habe, Rußland und die Satelliten gegeneinander auszuspielen. Er meine, daß die russische Handhabe über die Satelliten, vor allem in wirtschaftlicher Beziehung, ausreiche, um vollständig zu verhindern, daß die Satelliten eine getrennte Politik verfolgten. Zumindest gelte dies für Polen und Ungarn, vielleicht etwas weniger für Rumänien³, doch sei Rumänien auch weniger bedeutsam. Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei hätten die Russen klar in der Hand. Auch seitens der Satelliten meine er, daß diese zwar die Russen selbst in ihrer sowjetischen Form nicht besonders gern hätten, es jedoch für notwendig hielten, das Bündnis und die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Rußland zu pflegen. Er meine, daß der Wille der Satelliten in diese Richtung klar gehe. Somit sei nicht vorstellbar, daß Deutschland noch auch Frankreich ein Interesse oder die Möglichkeit hätten, sich zwischen die Sowjetunion und die Satelliten zu schieben. Wenn man mit dem Osten verhandle, dann habe man es im wesentlichen mit Rußland zu tun. Werde die europäische Konjunktur aber eines Tages anders aussehen, insbesondere wirtschaftlich und im Blick auf Rußland, dann werde es natürlich denkbar, daß die Satelliten viel unabhängiger würden. Eine veränderte Konjunktur sei in anderen Worten ein freies oder zumindest völlig anderes Verhältnis zwischen dem Westen und dem

³ Zu den rumänischen Bemühungen um eine unabhängigeren Außenpolitik vgl. auch Dok. 153, Anm. 5.

Osten Europas. Dann, so meine er, würden die Satelliten die Möglichkeit einer unabhängigen Politik erkennen.

Der Herr *Bundeskanzler* fragte dann, welche Konsequenzen General de Gaulle aus all dem für seine Politik im Sinne seines Bestrebens ziehe, Europa organisch auszudehnen, um ihm mehr Gewicht, mehr Geltung und Einfluß zu verschaffen, mit anderen Worten mehr Unabhängigkeit. Er selbst näherte sich immer mehr der Ansicht des Generals an, daß Europa seinen Rang und seine Geltung in der Welt verspiele, wenn nicht alle Anstrengungen unternommen würden, die Kräfte zusammenzufassen.

General *de Gaulle* erwiderte, der Herr Bundeskanzler wisse nur zu gut, welche Meinung er in diesem Zusammenhang vertrete. Nach seiner Auffassung sei das ganze Europa die Kapitale, der wesentliche Teil der Welt, auch im Verhältnis zu Amerika und zu Asien. In Europa also liege die Frage begraben. Die Frage heiße Friede, Entwicklung, Fortschritt. Dazu müsse Europa eines Tages aufhören, Tummelplatz der Feindseligkeiten und Rivalitäten zu sein, und müsse sich verständigen. Dies schließe Unterschiede zwischen den europäischen Ländern nicht aus, die es immer gegeben habe und immer geben werde. So dürfe zum Beispiel zwischen Frankreich und Deutschland keine Feindseligkeit bestehen, Unterschiede aber werde es zwischen diesen beiden Ländern immer geben. Ebenso werde es wie eh und je Unterschiede zwischen dem Westen und dem Osten Europas geben. Es sei aber keineswegs notwendig, daß immer eine Feindseligkeit zwischen den beiden Teilen Europas vorhanden sei. Hier liege für ihn der Kernpunkt. Es scheine ihm jetzt eine gute Gelegenheit gegeben zu sein. Rußland habe nach seiner Auffassung auf Eroberung verzichtet, für den Augenblick zumindest, denn man könne dies natürlich nicht für alle Zeit vorhersagen. Er glaube aber, daß für den jetzigen Zeitpunkt Rußland friedfertig sei, weil es friedfertig sein müsse. Es habe Schwierigkeiten wegen seiner inneren Expansion und Entwicklung, wozu es große Anstrengungen unternehme. Es habe Schwierigkeiten mit den Satelliten. Es habe vor allem Angst vor der Zukunft. Die Chinesen, die schon lange nicht mehr mit Rußland marschierten, seien immer stärker gegen Rußland eingestellt.⁴ Des weiteren dauere die Rivalität mit Amerika an. Aus all diesen Gründen könne man Rußland heute als friedfertig bezeichnen. Hinzu komme das Moment einer tiefen menschlichen Bewegung in der russischen Bevölkerung selbst, die nach langem totalem Zwang und völliger Unterdrückung nun in Richtung auf eine Entspannung, auf den Frieden und auf Kontakte zugehe, insbesondere Kontakte mit Westeuropa. Er dürfe wohl sagen, daß der Kontakt mit Westeuropa bei Frankreich anfange, denn dies erscheine dem russischen Volk als ganz natürlich. Vielleicht aber sei hier eine Gelegenheit gegeben, Osteuropa einmal anders anzugehen und unter neuen Voraussetzungen. Bis jetzt habe man Osteuropa immer in Kategorien der Feindseligkeiten betrachtet, als ob man jeden Tag am Vorabend eines Krieges mit jenem Teil Europas stünde. Er glaube nicht, daß dies den heutigen Gegebenheiten noch entspreche. Jedenfalls sei auf der anderen Seite keinerlei Wunsch nach Krieg zu erkennen. Natürlich sprächen sie von Deutschland mit Mißtrauen. Dieses Mißtrauen sei einerseits tatsächlich begründet, denn man müsse einmal die Friedhöfe in Leningrad, Sta-

⁴ Zum sowjetisch-chinesischen Konflikt vgl. Dok. 187.

lingrad gesehen haben und all das in Augenschein nehmen, was ein Deutschland in Waffen in Rußland angerichtet habe. Dies sei natürlich nicht vergessen. Hinzu komme der politische Grund, den er bereits genannt habe, weil die Russen ihrem eigenen Volk und den Satelliten gegenüber ein Schreckgespenst brauchten, und dieses Schreckgespenst sei für sie Deutschland, von dem sie sagten, es sei ehrgeizig, revanchistisch, wolle seine Ländereien zurückholen, wolle nukleare Waffen besitzen. Die Lösung werde zweifellos nicht über Nacht gefunden werden können. Er glaube jedoch, daß man die gesamte Atmosphäre und Konjunktur in Europa ändern müsse. Als er den Sowjets gesagt habe, daß eine Konsequenz dieser Tatsache auch die Wiedervereinigung Deutschlands sein werde, hätten die Sowjets letztlich nicht nein gesagt. Natürlich kämen sie immer wieder darauf zurück, daß man die vollendete Tatsache der beiden deutschen Staaten anerkennen müsse. Darauf habe er erwideret, Frankreich denke nicht daran, die Zonenrepublik anzuerkennen. Auf diese klare Reaktion hin hätten die Russen nicht weiter insistiert. Als er ihnen aber oft gesagt habe, daß die Atmosphäre in Europa verändert und sogar das russische Verhältnis mit Deutschland geändert werden müsse, hätten sie nicht negativ reagiert. Der Grund dafür sei darin zu sehen, daß China für Rußland ein Alpdruck sei, daß die Rivalität mit Amerika anhalte, daß Rußland seine eigene Entwicklung vorantreiben müsse und daß die tiefgreifende Bewegung in der Bevölkerung eingesetzt habe, so daß die Russen die Notwendigkeit spürten. Dies jedenfalls glaube er. Natürlich müsse man vorsichtig vorgehen, aufpassen, Vorsichtsmaßregeln ergreifen. Man brauche auch das Bündnis, jedoch nicht mehr unter denselben Voraussetzungen wie bisher.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er stimme mit General de Gaulle überein. Er selbst glaube auch nicht, daß in einer politisch vorhersehbaren Zeit es zu einem Krieg in Europa oder zu einer sowjetischen Aggression kommen werde. Er sei andererseits aber auch nicht so sicher, sagen zu können, daß Europa nun etwa auf seine Waffen verzichten könne. Deutschland wolle aber eine Haltung des Friedens, des Vertrauens und der Entspannung einnehmen. Die russischen Machthaber sollten eigentlich wissen, daß man mit Deutschland über viele Fragen reden könne, wenn nur die Wiedervereinigung auf der Grundlage einer freien Entscheidung zugelassen würde. Die Bundesregierung habe dies ganz klargemacht und in ihrer Friedensnote⁵ zusätzlich zu den internationalen Verpflichtungen auch eine bilaterale Gewaltverzichtserklärung angeboten. Sie beabsichtige ebenfalls, diese friedliche Aktion fortzusetzen.

Der Herr Bundeskanzler kam dann auf Europa zu sprechen und sagte, er mache sich Sorgen über Europa und frage sich, was man zu seiner Stärkung tun könne. Wenn Europa seine Kräfte vereinigen würde, wäre es so stark wie die Vereinigten Staaten, wenn auch nicht in der wirtschaftlichen Potenz, so doch in der Möglichkeit. Er sei nicht so sehr besorgt, daß Europa von amerikanischem Kapital überflutet würde, obgleich es auch in Deutschland schon warnende Stimmen in diesem Zusammenhang gegeben habe, sondern vielmehr wegen des wachsenden Abstandes in der praktischen Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse auf die Produktion. Er befürchte, daß man dadurch in eine Art geistige Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten geraten würde. Die eu-

⁵ Zur Note der Bundesregierung vom 25. März 1966 vgl. Dok. 58.

ropäischen Völker seien auch etwas müde und satt. Sicherlich sei heute in Frankreich der Elan noch am größten, doch sei es schwierig, die Wohlstandsgesellschaften zu Opfern für den Staat, für Europa, für eine Idee zu bewegen. Er frage sich, ob man nicht auf der guten Grundlage der deutsch-französischen Freundschaft ins Auge fassen könnte, daß die Völker ein Opfer bringen, damit Europa nicht wirtschaftlich nachhinke. Das deutsche Bruttosozialprodukt betrage 470 Milliarden D-Mark; in Frankreich dürfte es etwa dasselbe sein. Ein Opfer von 20 Milliarden würde die Deutschen keineswegs an den Bettelstab bringen. Wenn man dann die Kräfte vereine, könnte Europa nachziehen und Anschluß an die Welt bekommen. Er frage sich, ob nicht durch einen großen Appell in Europa und auf der festen Grundlage des deutsch-französischen Verhältnisses die Völker dazu gebracht werden könnten, sich wieder klar zu werden, was Europa sei. Allmählich gerate Europa in die Gefahr, als sentimentale Schwärzmerei irgendwelcher Träumer betrachtet zu werden. Wenn man aber diesem Europa eine größere Unabhängigkeit einbringe, wozu die Deutschen sicher bereit wären, könnte eine große neue Bewegung ausgelöst werden. Er denke dabei auch an das Verhältnis zur Sowjetunion. Wenn Europa als klare Kraft sichtbar sei, wäre es sicherlich ein attraktiverer Partner für die Sowjetunion und könnte die Bereitschaft deutlicher zum Ausdruck bringen, zu einem wirklichen Verhältnis zu kommen, den Frieden zu wahren und die gesellschaftliche Entwicklung in beiden Teilen Europas voranzutreiben.

General *de Gaulle* erklärte, wenn man die westeuropäischen Länder betrachte, so könne man sicherlich nicht sagen, daß sie schon alles getan hätten, was ihnen möglich sei. Man könne andererseits nicht behaupten, daß sie gar nichts getan hätten. Er brauche nur an den ungeheuren deutschen Aufstieg nach dem Kriege zu erinnern. Auch Frankreich, das sehr viel konservativer, protektionistischer und rückständiger sei, insbesondere im industriellen Gebiet, habe Fortschritte erzielt. Sogar Italien habe Fortschritte gemacht. Man könne nicht sagen, daß die Länder schon nichts mehr bedeuteten. Andererseits sei es richtig, daß die europäischen Länder oft ihre eigenen Wege gingen. Jeder spüre das, doch ziehe man nicht immer die Konsequenzen daraus. Jeder halte es für nützlich, wenn die Länder sich vereinigten, anfangend zumindest mit Westeuropa, wobei später wahrscheinlich auch der Osten Europas hinzukommen könnte. Einiges sei schon gemeinsam erreicht worden. Den Gemeinsamen Markt könne man nicht gerade als Nichts bezeichnen. Vielmehr stelle er sehr viel dar, und wenn es gelinge, ihn vollends zu Ende zu bringen, werde er eine beträchtliche Leistung sein. Es sei aber richtig, daß in vielen Gebieten jeder seinen eigenen Weg gehe. Man sei allgemein der Meinung, daß dies eigentlich schade sei. Es gebe aber Magnetfelder von außen, denen man nur mehr oder weniger widerstehe. So sei Deutschland zum Beispiel tatsächlich, wenn auch nicht sentimental, auf allen Bereichen von Amerika angezogen. Dasselbe gelte für England. Für Frankreich treffe dies nur in geringerem Maße zu, aber auch Frankreich könne dem allgemeinen Trend nur schwer widerstehen. Stünden die Länder aber zusammen, dann könnten sie sehr vieles tun, auch gegenüber den Vereinigten Staaten und in den internationalen Beziehungen. Soweit Deutschland und Frankreich einig seien, könnten sie in der Kennedy-Runde⁶

⁶ Zum Stand der Diskussion über europäischen Agrarmarkt und Kennedy-Runde vgl. zuletzt Dok. 101.

stark auftreten, was sowohl für Amerika als auch für Europa von Vorteil wäre. An dem Tage, an dem ein gemeinsamer Anfang gemacht werde, könne man auch wirtschaftlich der Sowjetunion einen bedeutsamen Weg öffnen. Die Frage aber sei, wie man zusammenkomme. Man könne nicht sagen, daß man weit von einander entfernt sei, aber die Zusammenarbeit funktioniere nicht immer. Er habe genauso wie der Herr Bundeskanzler diese Tatsache stets empfunden, beide aber seien nicht in der Lage gewesen, die westeuropäischen Länder näher zueinander zu bringen. Dies sei eigentlich erstaunlich.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, natürlich wolle Deutschland die deutsch-amerikanische Freundschaft nicht getrübt sehen, obgleich es zur Zeit einige Schwierigkeiten gebe, insbesondere im Zusammenhang mit den Off-set-Käufen⁷. Dies ändere aber nichts daran, daß er unter allen Umständen vermeiden möchte, daß Deutschland in der wissenschaftlichen Forschung und der praktischen Anwendung der wissenschaftlichen Erkenntnisse in Rückstand komme. Viele der sehr fortschrittlichen Industrien in Deutschland sagten, daß die amerikanischen Patente einfach überlegen seien. Dies gelte sogar für Industriebetriebe, in denen Europa besonders stark sei. Es gebe auch andere Entartungsscheinungen, obgleich er sie nicht dramatisieren wolle. Er habe sich gefreut, daß Frankreich Bestimmungen erlassen habe, die Gammlern die Einreise unterbinden. Man sehe andererseits, was die Provos in Holland⁸ und England anrichteten. Er habe das Gefühl, daß bei aller Anerkennung dessen, was in der EWG getan werde, die dort immer stärker vertechnisierte Arbeit keine Strahlungskraft habe. Es sehe so aus, als zerfalle die Welt in so viele kleine Stückchen, daß man das Große darüber übersehe. Nach seiner politischen Erfahrung habe nur eine große Idee die nötige Anziehungskraft, während die Kleinigkeiten lediglich die Verdrossenheit vergrößerten. Natürlich gebe es zwischen Frankreich und Deutschland hier einen großen Unterschied, denn in Frankreich sei das Nationalgefühl sehr viel ausgeprägter als in Deutschland. Dennoch scheine ihm eine Welle der Kleinlichkeit durch ganz Europa zu gehen. Der deutsch-französische Vertrag⁹ sehe die Zusammenarbeit in vielen Gebieten vor. Bislang habe man sich aber fast nur mit Kleinzeug befaßt. Man brauche Mut und man brauche auch Mittel, wenn wirklich etwas daraus werden solle. Dann aber könne man zu einer großen wirtschaftlichen Potenz kommen. Er glaube auch, daß man eine politische Lösung für Europa nicht abschreiben sollte, wenngleich der Augenblick für eine Aktion wenig geeignet sei. Wenn aber, wie er hoffe, alle in der Allianz anstehenden Probleme überwunden sein würden, sollte man wiederum die Frage des politischen Europa aufgreifen.

General *de Gaulle* stimmte dem zu und bemerkte: „Je früher desto besser.“

7 Vgl. dazu Dok. 232.

8 Dazu berichtete Generalkonsul Hilgard, Amsterdam, am 16. Juni 1966: „Seit einigen Monaten gehören die ‚happenings‘ der sogenannten ‚Provos‘ zum festen Bestandteil der Amsterdamer Wochenendprogramme. Bei den ‚Provos‘ (von ‚Provocation‘ abgeleitet) handelte es sich ursprünglich um eine kleine Gruppe von Anarchisten [...]. Allmählich [...] gesellten sich dazu auch die Amsterdamer ‚Halbstarken‘, ‚Gammler‘ sowie ganz allgemein asoziale Elemente. [...] Aus den anfänglichen ‚happenings‘ kraft jugendlichen Übermuts, Langeweile oder antigesellschaftlicher Affekte sind recht handfeste politische Störaktionen geworden.“ Für den Schriftbericht vgl. Referat I A 3, Bd. 594.

9 Für den Wortlaut des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963 vgl. BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 706–710.

Der Herr *Bundeskanzler* sagte, er suche den Aufhänger für ein solches Unternehmen.

General *de Gaulle* bemerkte, beim letzten Treffen mit dem Herrn Bundeskanzler in Paris habe dieser den Vorschlag gemacht, eine Erklärung abzugeben¹⁰, allerdings habe er nachher den Eindruck gehabt, daß der Herr Bundeskanzler gedacht habe, die Voraussetzungen seien nicht günstig, und deswegen sei diese Erklärung unterblieben. An diesem Punkt stehe man heute noch. Auch er stimme mit dem Herrn Bundeskanzler überein, daß man keineswegs das politische Europa abschreiben dürfe.

Der Herr *Bundeskanzler* erinnerte daran, daß anlässlich der letzten Pressekonferenz von General *de Gaulle*¹¹ zwei Dinge zusammengekommen seien, die für ein Aufgreifen der europäischen Idee nicht günstig gewesen seien. Die Ausführungen des Generals hätten zwar den versprochenen Inhalt gehabt, seien aber in zu engem Zusammenhang mit dem französischen Schritt gestanden, aus der Integration sich zurückzuziehen.

General *de Gaulle* bemerkte, vielleicht komme es auf die Betrachtungsweise an. Er spüre genau, was der Herr Bundeskanzler sagen wolle, daß man nämlich den Ländern und insbesondere der Jugend ein großes Ziel bieten müsse, und zwar möglichst ein großes europäisches Ziel. Im Grunde habe er, soweit er dies vermocht habe, bisher stets versucht. Er habe dabei in Frankreich zwar eine nicht vollständige, aber doch weitgehende Gefolgschaft gefunden. Allerdings habe er außerhalb Frankreichs keine sehr große Gefolgschaft feststellen können. Als er in Rußland gewesen sei und mit eigenen Augen gesehen habe, welche Möglichkeiten sich für eine neue europäische Konjunktur ergeben würden, habe ihn dies sehr tief beeindruckt, und er habe sich des Gedankens nicht erwehren können, daß genau das von Deutschland wie von Frankreich gewünscht werde, nämlich den eigenen Ländern einen Elan zu geben, damit sie sich über sich selbst erheben können. Die untergeordnete Stellung der beiden Länder, die für jedes Land aus verschiedenen Gründen als Folge des Krieges zum gleichen Ergebnis geführt habe, nämlich die Abhängigkeit von Amerika, wirke erstickend. Er wolle keineswegs sagen, daß man nicht mit Amerika zusammenarbeiten solle oder nicht Freundschaft mit diesem großen Land pflegen solle. Dennoch aber meine er, daß diese Abhängigkeitssituation erdrückend wirke und einer der Hauptgründe sei, warum man so lange auf der Stelle getreten habe und noch trete. In seiner Politik, die eine Politik der Unabhängigkeit sei und nicht der Feindseligkeit gegen die Vereinigten Staaten, sei der Wunsch lebendig, seinem Lande die ihm zukommende Verantwortung wiederzugeben. Dies sei eine Notwendigkeit für Frankreich wie für Deutschland. Dann könne man vielleicht das Volk und insbesondere die Jugend wieder interessieren. Wenn es in England so viele Gammler gebe, so sei dies wahrscheinlich darauf zurückzuführen, daß England einen großen Teil seiner Verantwortung verloren habe.

¹⁰ Zur Erklärung des Bundeskanzlers Erhard vom 7./8. Februar 1966, eine Konferenz der EWG-Außenminister zu initiieren, falls sich Staatspräsident *de Gaulle* öffentlich für eine Intensivierung der europäischen politischen Zusammenarbeit aussprechen sollte, vgl. Dok. 34, besonders Anm. 17 und 18, und Dok. 36.

¹¹ Zur Pressekonferenz vom 21. Februar 1966 vgl. Dok. 34, Anm. 19, und Dok. 48.

Der Herr *Bundeskanzler* fragte, ob die Auffassungen der beiden Regierungen denn so weit auseinander lägen. Deutschland empfinde eine Abhängigkeit von Amerika, insbesondere im Zusammenhang mit dem nuklearen Schutz, auf den es nicht verzichten könne. Das bedeute natürlich, daß ein Land, das diese Sicherheit gewähre, auch Anspruch auf freundschaftliche Gefühle habe. In keinem anderen Bereich aber wolle er abhängig sein von Amerika, weder im wirtschaftlichen, noch im finanziellen, noch im wissenschaftlichen Gebiet. Nur vom nuklearen Schutz Amerikas hänge Deutschland ab. Sonst aber bestehe keinerlei Abhängigkeit von Amerika und es bestehe auch keine Absicht, sozusagen zum 51. Staat der Vereinigten Staaten zu werden. General de Gaulle müsse ihm glauben, daß er dies sehr ernst meine. Er sehe eine Gefahr für Europa, weil das Gefälle zwischen Amerika und Europa trotz des Gemeinsamen Marktes sich vergrößere. Amerika habe die Grundlage seiner Wirtschaftsmacht in einem Pionierzeitalter erarbeiten können, ohne sich um soziale Probleme zu kümmern. In Europa sei dies anders, denn es sei in seiner Bewegungsfreiheit und im Tempo seiner Entwicklung wegen der weit gediehenen Sozialbegriffe behindert. Hinzu komme der ungeheure amerikanische Raum, den man durch den Gemeinsamen Markt wettzumachen versuche.

Der Herr Bundeskanzler kam dann auf die Frage zu sprechen, wie General de Gaulle eine Lösung für die Frage der Zusammenarbeit der unabhängigen französischen Armee mit den integrierten NATO-Truppen¹² sehe. In den Verhandlungen sei dies bisher nicht ganz klargeworden, wohl wegen der Abwesenheit des Generals und des Außenministers¹³. Er wäre ihm aber dankbar, wenn er einmal darlegen würde, wie er die Zusammenarbeit und den Grad der Bindung in Frieden, Krieg und Spannungszeiten sehe zwischen den in Deutschland stationierten französischen Streitkräften und den anderen europäischen integrierten Verbänden.

General *de Gaulle* bemerkte, wie dem Herrn Bundeskanzler bekannt sei, habe sich Frankreich aus der Integration zurückgezogen. Es habe sich nicht aus dem Bündnis zurückgezogen und beabsichtige auch keinen derartigen Rückzug. Frankreich wolle in keiner Weise engagiert sein in einem Krieg, falls es zu einem Krieg komme, es sei denn in dem Maße, als es sich selbst engagieren wolle. An eine automatische Bindung sei daher nicht zu denken. Frankreich sei Amerikas nicht sicher genug, wegen der amerikanischen Politik, insbesondere in Asien und deren Folgen, um heute ein automatisches Engagement durch die Integration, genauer gesagt, durch die Unterstellung unter den amerikanischen Oberbefehl zu akzeptieren. Darüber hinaus sei er der Auffassung, daß es keinen Grund gebe, da heute eine unmittelbare Bedrohung aus dem Osten nicht mehr gegeben sei. Ganz allgemein aber wolle Frankreich seine Unabhängigkeit. Es akzeptiere somit keinerlei Integration. Im Augenblick stünden französische Streitkräfte in Deutschland. Wenn Deutschland dies wünsche, werde Frankreich diese Truppen hier belassen, jedoch unter einer Voraussetzung, daß hinsichtlich dieser Truppen keine automatische Bindung bestehe. Natürlich bleibe Frankreich der Verbündete. Es habe den Vertrag von 1949 akzeptiert und bleibe dabei. Insbesondere bleibe es beim Artikel 5 des

¹² Zu den Verhandlungen der Vierzehn mit Frankreich vgl. Dok. 182 und weiter Dok. 238.

¹³ Maurice Couve de Murville.

Vertrages¹⁴, so daß im Falle eines nicht-provozierten Angriffs¹⁵ (und ein solcher Angriff würde ohnehin nicht vom Westen provoziert) des Ostens auf Deutschland Frankreich an der Seite der Verbündeten in den Krieg eintreten werde. Was Frankreich aber tun werde, wie es seine Streitkräfte einzusetzen gedenke, diese Entscheidung behalte es sich vor. Natürlich müsse die Zusammenarbeit der Streitkräfte vorher von den Stäben vorbereitet werden, das heißt, daß man wie in jedem Bündnis ohne Integration Eventualfälle prüfen werde. Diese Prüfung habe zwischen dem französischen Generalstab und der NATO, das heißt Lemnitzer, zu erfolgen hinsichtlich der vorzusehenden Operationen der französischen Truppen.¹⁶ Man müsse alle denkbaren Fälle durcharbeiten und dabei vorsehen, was gemeinsam getan werden könne in jedem dieser Fälle. Die französische Regierung behalte sich aber natürlich die Entscheidung vor, die Durchführung im Ernstfalle dann selbst zu befehlen, wie dies in jedem nicht-integrierten Bündnis der Fall sei. Was nun die Truppen in Deutschland anbelange, so sei Frankreich bereit, diese Truppen hier zu belassen, wenn Deutschland dies wünsche. Es liege Frankreich nicht besonders viel daran, diese Truppen hier zu belassen, denn diese Tatsache ändere nicht sehr viel. Symbolisch aber könnte es nützlich sein, um die Solidarität zum Ausdruck zu bringen und insbesondere die in einem Angriffsfall erzwungene Solidarität. Insofern könne es nützlich sein, falls Deutschland dies überhaupt wünsche. Die Bedingung aber sei wie immer: kein automatisches Engagement. Könne sich Deutschland damit nicht einverstanden erklären, würde Frankreich seine Truppen zurückziehen. Er glaube nicht, daß dadurch an der militärischen Realität noch auch an der politischen Gegebenheit sehr viel verändert würde.

Der Herr *Bundeskanzler* bemerkte, er wolle beinahe feierlich dies sagen: Die Bundesregierung wünsche unter allen Umständen, die französischen Truppen in Deutschland zu sehen. Die Bedeutung dieser Tatsache gehe weit über das Militärische hinaus. Auch er glaube, daß eine Aggression im Augenblick nicht zu befürchten sei. Dennoch müsse man alle Möglichkeiten ins Auge fassen. Ganz besonders glaube er nicht, daß ein Krieg mit konventionellen Waffen geführt werden könnte, weil Rußland dabei in einer hoffnungslosen Überlegenheit wäre. Wenn also die militärischen Fragen nicht im unmittelbaren Vordergrund stünden, so werde die politische Aussage umso bedeutsamer: Wenn man die Freundschaft zwischen den beiden Ländern pflegen wolle, dann sei es undenkbar, daß die französischen Truppen Deutschland verließen, weil dies in der ganzen Welt wie ein Fanal wirken würde. Was das Engagement anbelange, so sei dies keine bilateral zwischen den beiden Ländern zu behandelnde Frage, sondern vielmehr zwischen Frankreich und dem NATO-Rat bzw. NATO-Oberbefehlshaber auszuarbeiten, da ja eine gewisse Form gefunden werde müsse. Er habe jedoch eine praktische Frage. Wenn Rußland zum Beispiel, um den Amerikanern wegen Vietnam das Leben schwer zu machen, in Europa eine Politik betreiben würde, welche zu neuen Problemen zum Beispiel im Zusammenhang mit dem Zugang nach Berlin führen würde, worüber es in letzter Zeit

¹⁴ Artikel 5 des NATO-Vertrags vom 4. April 1949 regelte u. a. die Verpflichtungen der NATO-Mitgliedstaaten im Verteidigungsfall. Für den Wortlaut vgl. Dok. 69, Anm. 7 (Auszug).

¹⁵ Zum Begriff des „nichtprovozierten Angriffs“ vgl. Dok. 102, Anm. 11, Dok. 117, Anm. 11–13, und Dok. 121, Anm. 4 und 5.

¹⁶ Vgl. dazu Dok. 185, Anm. 15.

einige Gerüchte gegeben habe¹⁷, ob dann General de Gaulle ebenfalls Berlin als eine Frage sehen würde, die von der Nichtintegration der französischen Truppen in der NATO getrennt sei.

General *de Gaulle* bestätigte dies und bemerkte, Berlin sei eine besondere Lage. Frankreich habe gemeinsam mit Amerika, England und auch Rußland eine Verantwortung hinsichtlich des Status von Berlin übernommen.¹⁸ Somit habe diese Frage mit der Integration überhaupt nichts zu tun und werde auch von Frankreich aus in keiner Weise damit vermeint. Selbst wenn die französischen Truppen nicht in Deutschland blieben, würden doch die in Berlin stehenden Truppen nicht zurückgezogen.

Der Herr *Bundeskanzler* betonte, er gehöre zu den Europäern und Deutschen, die bereit seien, alles zu tun, um heil aus der NATO-Krise herauszukommen. Auf keinen Fall dürfe die deutsch-französische Freundschaft getrübt werden. Eine Krise könne manchmal sogar dazu beitragen, die Freundschaft zu stärken. Insbesondere komme es ihm drauf an, auch bei Nichtfortsetzung der Integration einen möglichst engen Zusammenhalt im Bündnis aufrechtzuerhalten. Er frage den General jetzt einmal, ob ein Verteidigungskonzept für Europa überhaupt denkbar sei, ohne daß man sicher sein könne, daß die Partner die übernommenen Verpflichtungen auch wirklich einhalten würden. Er meine diese Frage militärtechnisch und keineswegs politisch.

General *de Gaulle* erklärte, wenn die Frage lauten solle, ob im Kriegsfalle Frankreich mit dem Bündnis sein werde oder nicht, so laute die Antwort ganz einfach, Frankreich wäre nicht Frankreich, wenn es nicht bei seinen Verbündeten stünde. Was die militärische Seite der Zusammenarbeit der Streitkräfte anbelange, so sei dazu keineswegs die Integration erforderlich. Frankreich habe mit vielen Verbündeten viele Kriege geführt, und dasselbe gelte für Deutschland, ohne daß es eine Integration gegeben habe. Natürlich habe es eine Zusammenarbeit gegeben, die zwischen den Stäben organisiert worden sei. Frankreich teile die Meinung, daß diese Zusammenarbeit natürlich vorbereitet sein müsse. Der Durchführungsbefehl jedoch bleibe den Regierungen vorbehalten. Selbstverständlich sei es so, daß die französische Armee, wenn sie in einem Krieg mitmache, mit ihren Verbündeten zusammenarbeite. Dieser Fall trete nicht erstmalig auf, sondern es habe ihn schon oft gegeben.

Das Gespräch endete um 13.45 Uhr.

Bundeskanzleramt, AZ: 21-301 00 (56), Bd.18

¹⁷ Am 19. Juli 1966 wurde in der Presse über die Zwischenfälle an der Grenze zur DDR berichtet: „Bisher wird zwar noch nicht von einem direkten Zusammenhang [...] gesprochen; seit einiger Zeit hält man es jedoch in Berliner alliierten Kreisen für möglich, daß die Sowjets, da für sie ein direktes Eingreifen in Vietnam zu gefährlich wäre, nach einem Ventil suchen könnten, mit dem sie von der durch die Umstände erzwungenen Untätigkeit in Südostasien ablenken und zugleich chinesische Beschuldigungen entgegenwirken könnten, Moskau wolle sich aufgrund einer Interessen-Gleichheit der beiden Atomgroßmächte mit den Amerikanern arrangieren.“ Vgl. den Artikel „Bereiten sich neue sowjetische Störungen gegen Berlin vor?“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, Nr. 164, S. 1.

¹⁸ Am 26. Juli 1945 trat Frankreich dem Londoner Protokoll vom 12. September 1944 bei, das die gemeinsame Verwaltung von Berlin durch die Alliierten vorsah. Für den Wortlaut vgl. DOKUMENTE ZUR BERLIN-FRAGE 1944–1966, S. 16 f. (Auszug).